



Raus vor das Tor und ab in die Sonne: Die Tag- und Nachtschicht des Axel-Springer-Druckhauses Berlin-Spandau streikt am 21. Mai für einen ordentlichen Tarifabschluss

Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

FÜNF PROZENT – WIR SIND ES WIRKLICH WERT!

Warnstreiks begleiten die Tarifverhandlungen in der Druckindustrie

Jetzt aufholen! Die gespreizten Hände der Drucker symbolisieren: Fünf Prozent Einkommenssteigerung sind unsere Forderung in den aktuellen Tarifverhandlungen mit dem Bundesverband Druck und Medien für die 140.000 Beschäftigten in der Druckindustrie. Um diesen Nachdruck zu verleihen, trat am 21. Mai die Tag- und Nachtschicht der Axel-Springer-Druckerei in Berlin-Spandau bis früh um sechs Uhr in den Warnstreik – eine von bundesweit zahlreichen weiteren Streikaktionen. Und am Montagmittag gab es eine kämpferische Mittagspause mit Burger frisch vom Grill vor dem Tor.

»Über das Lohnangebot der Arbeitgeber von ca. 0,77 Prozent aufs Jahr gerechnet sind die Kolleginnen und Kollegen verständlicherweise nicht

begeistert«, sagt der stellv. Betriebsratsvorsitzende und ver.di-Tarifkommissionsmitglied Andreas Meißner. Sie müssten aufgrund verkürzter Schichten bei gesunkenen Auflagen schon Reallohnverluste hinnehmen. »Das zehrt an der Substanz jedes Einzelnen.«

Mehr ist bei allen wirtschaftlichen Problemen drin, meint ver.di. Zwar sind in den letzten zehn Jahren 2.000 Druckbetriebe von der Bildfläche ver-

DIE DRUCKINDUSTRIE HINKT HINTERHER

schwunden und rund 30.000 Arbeitsplätze verloren gegangen – noch aber wird in der Druckindustrie gutes

Geld verdient. Preisverfall hätten nicht Beschäftigte, sondern Arbeitgeber zu verantworten, die seit Jahren der Konkurrenz durch immer niedrigere Preise Aufträge abjagten und dabei Personal abbauten, so ver.di. In der Druckindustrie wird hochwertige und durch das Schichtsystem sehr belastende Arbeit geleistet. Produktivitätssteigerungen sind mit enormer Arbeitsverdichtung verbunden.

Leidtragende verfehlter Unternehmenspolitik sind die Beschäftigten. »In den letzten zehn Jahren ist die Lohnentwicklung in der Druckindustrie deutlich hinter der allgemeinen tariflichen Lohnentwicklung zurück geblieben«, sagt ver.di-Vize Frank Werneke. Im gesamtwirtschaftlichen Vergleich hinkt die Druckindustrie deutlich hinterher. Zwischen 2006

INHALT

SEITE 3

150 Jahre Buchdruckerverband – Jubiläumsausstellung in Berlin

SEITE 6

Arbeiten in der Wolke – Cloudworker und Crowdfunding

MITTELSEITEN

Gegen Altersarmut: Die Rentenkampagne kommt in Schwung

SEITE 11

Erstmals Tarifvertrag für Berliner Musikschulen

SEITE 14

Eine Betriebsrätin dichtet

und 2015 stiegen Tariflöhne gegenüber der Gesamtwirtschaft um zehn Prozentpunkte weniger und waren gegenüber der Metall- und Elektroindustrie sogar um 13,3 Prozentpunkte geringer. Noch nicht einmal der Inflationsausgleich wurde gezahlt.

In den nächsten Verhandlungsrunden erwarten die Druckbeschäftigten ein ordentliches verhandlungsfähiges Angebot mit spürbaren Einkommensverbesserungen. Kräftiger Lohnzuwachs ist sinnvoll, so die ver.di-Posi-

BEREIT FÜR MEHR LOHN ZU KÄMPFEN

tion: Je stärker Löhne und Gehälter steigen, desto besser entwickelt sich die Binnennachfrage.

»Wenn die Arbeitgeber weiter mauern, sind wir jeder Zeit wieder bereit, für mehr Lohn zu kämpfen«, sagt Andreas Meißner und weiß, dass auch andere Druckbetriebe in Berlin mit Streikaktionen Ernst machen werden. B.E.

Wieder einmal wird in Berlin gewählt. Am 18. September stehen die Urngänge für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksparlamente an. 2011 sorgten die Piraten für Aufregung, sie kamen mit fast neun Prozent erstmals ins Abgeordnetenhaus. Rückblickend kann man sagen, dass das Auftauchen der Piraten überbewertet wurde, sie haben das politische System nicht revolutioniert. Aber ihr Wahlergebnis zeigt, welche Macht auch kleine Gruppen entfalten können. Die Piraten haben in Berlin nur 800 Mitglieder, sie stellen 15 Abgeordnete.

Der Aufreger 2016 ist die AfD, ihr wird bei den Berlinwahlen ein zweistelliges Ergebnis prognostiziert. Dabei hat sie derzeit nicht einmal ein aussagekräftiges Berliner Wahlprogramm. Ihr Fischzug am rechten Rand der Gesellschaft könnte dennoch erfolgreich sein. Der Einzug der AfD ins Abgeordnetenhaus oder in die Bezirksparlamente könnte – anders als bei den Piraten – einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die politische Landschaft haben. Denkbar zudem, dass sich Machtverhältnisse verschieben. Ein Problem ist die hohe Zahl der Nichtwähler. Gingen 1990 noch 80 Prozent wählen, so waren es bei den letzten Kommunalwahlen nur noch knapp über 60

Prozent. Das heißt, dass rund eine Million Wahlberechtigte auf ihr Wahlrecht verzichteten. Dabei geht es bei der Kommunalpolitik um viel. Hier wird das Lebensumfeld gestaltet,

bemerkbar machen, denn Protestwähler lassen sich eben eher motivieren, zum Wahllokal zu gehen.

Seit Monaten machen Rechtspopulisten Stimmung. Eine Stimmung,

sere Integration. Das ist unstrittig. Auch, dass mehr in Bildungseinrichtungen investiert werden muss. Bildung ist schließlich der Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft. Gewerkschafter/innen haben die Wahl, denjenigen Parteien ihre Stimme zu geben, die es sich auf die Fahnen geschrieben haben, Berlin sozialer zu gestalten. In einer Stadt, in der es schwieriger wird, einen Ausweis zu verlängern, oder die nicht in der Lage war, den Flüchtlingszustrom vor dem »LaGeSo« zu bewältigen, läuft einiges schief. Bürgerinnen und Bürger können erwarten, dass die öffentlichen Dienste anstehende Aufgaben effizient lösen. Dazu gehören Dienstleistungen wie Musikunterricht, Theater, Bibliotheken, Kunst und Kultur, die einen erheblichen Anteil für das funktionierende Stadtleben haben. Das ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Der ver.di-Landesbezirk hat für die Berliner Wahlen Forderungen und Erwartungen zusammengestellt. Die Positionen kann man gedruckt bei ver.di erhalten oder sie von der Internetseite bb.ver.di.de laden. Wir möchten Aufmerksamkeit erzeugen, und wenn es gelingt, mehr Menschen zur Wahlbeteiligung zu motivieren, ist viel erreicht. Auch unsere Stimmen entscheiden über Politik.

AUF EIN WORT

WAHLEN IN BERLIN – WIR SIND DABEI!

ANDREAS SPLANEMANN, PRESSESPRECHER
VER.DI-LANDESBEZIRK BERLIN-BRANDENBURG



Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

hier ist Politik nah am Menschen.

Merkwürdig, dass sich so viele nicht angesprochen fühlen oder meinen, dass ihre Stimme nichts bewegen könne. Das ist falsch. Es ist schon eine Binsenweisheit, dass das Nichtwählen den Radikalen nützt. Das könnte sich in diesem Jahr besonders

die sich gegen Migranten wendet und Hass auf Andersgläubige schürt. Eine Stimmung, die nicht nach Berlin passt. Berlin sieht sich als weltoffene Stadt, hier funktioniert das friedliche Miteinander vieler Kulturen relativ gut. Berlin braucht eine neue Migrationspolitik und Ideen für eine bes-

ist so stark von Zuwanderung geprägt – Vorbildfunktion für das Einwanderungsland Deutschland.

Zum Glück begrenzt sich das journalistisch angelegte, leicht lesbare und unterhaltsame Buch nicht auf einen Spaziergang durch einen Stadtbezirk, wo gebeten wird, den Müll nicht aus dem Fenster zu werfen.

Der Autor sucht Menschen auf, und mit ihm lernt man interessante Charaktere kennen. Das beginnt bei der schwierigen Suche nach Schule und Kita, bei der der titelgebende Satz fiel: »Keine Angst, hier...«. Hier lebt der pensionierte Polizist Karlheinz Gärtner, der 44 Jahre lang Straßenkriminalität bekämpft hat. Ebenso der Karate-Weltmeister Andreas Marquart, ehemals Schrecken des Berliner Rotlichtmilieus, der, nach vielen Jahren Knast geläutert, jetzt Kinder sportlich trainiert. Es-Issa, Imam der Al-Nur-Moschee, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird, gab Auskunft. Abed Chaban, libanesischer Herkunft, arbeitet mit straffälligen Kindern und Jugendlichen. Ein Kellner erzählt, dass er im

Urlaub in die Heimat fährt, um gegen den IS zu kämpfen.

Das Buch liefert Zahlen und Fakten. So erfährt man nicht nur die Einwohnerzahl von 325.700, sondern auch, dass 32 Prozent einen Migrationshintergrund besitzen, bei den unter 18-Jährigen sogar 69 Prozent. 24 Prozent haben keinen deutschen Pass. Mit 15,1 Prozent liegt die Arbeitslosenquote über dem Berliner Durchschnitt. Das macht sich im Haushalt bemerkbar – 74 von 100

NEUKÖLLN – VON ZUWANDERUNG GEPRÄGT

Euro fließen in Transferleistungen, vor allem ins Wohnen.

Dabei verändert sich Neukölln, in einigen Gegenden steigen die Mieten, Ärmere werden verdrängt. Über Gentrifizierung (ein Wort, das der Duden vor sechs Jahren nicht kannte), hat der Autor mit dem Stadtforscher Andrej Holm gesprochen. Der beschreibt den Prozess, in dem ein heruntergekommener Stadtteil »auf-

gewertet« wird, als einen handfesten wirtschaftlichen Vorgang. Solche Gebiete sind für Immobilienspekulationen interessant. Es folgt gehobene Monokultur für die urbane Elite, die ein Wohnviertel nachteilig verändert.

Das alles verlangt von der Bezirksverwaltung Kraftanstrengungen. Als Nachfolgerin des lautstarken Heinz Buschkowsky ist Franziska Giffey Chefin im Bürgermeisteramt. Einst in Frankfurt/Oder geboren, scheint sie die Richtige für den Stadtteil zu sein – mit dem Image der modernen, sympathischen Powerfrau. Mit ihrem Zwölf-Punkte-Programm soll Neukölln neu erfunden werden. Festliche Einbürgerungen nimmt sie selbst vor, wobei die Hymnen der Herkunftsländer und die deutsche erklingen. Religiöse Symbole hält sie dagegen für unvereinbar mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben, und das betrifft besonders das Kopftuchverbot in ihrer Verwaltung. Das macht sie mir besonders sympathisch.

ANNEMARIE GÖRNE
Thomas Lindemann: *Keine Angst, hier gibt's auch Deutsche! Unser neues Leben im Problemkiez, Berlin Verlag Berlin 2016, 287 Seiten, 14,99 €, ISBN 978-3-8270-1312-5*

BUCHTIPP

KEINE ANGST,
HIER GIBT'S AUCH
DEUTSCHE!

BERLIN VERLAG 2016

Wenn man in Prenzlauer Berg wohnte, aber irgendwann die aufregende Untergrundkultur verschwunden war, ein Idyll aus teuren Kochschulen, Privatkitas und Geschäften für besondere Olivenöle Platz gegriffen hatte, waren die Mieten zu hoch für ein Mittelklasse-Ehepaar mit drei Kindern. Da blieb nur der Ausweg zum zehn Kilometer entfernten Neukölln, für die Neubürger wie ein anderer Planet, aber aufregender, »irgendwie lebensnäher und anstrengender«. Bis zu 90 Prozent sind dort arm, Deutsche sowieso in der Minderheit. Kein Stadtteil Berlins

150 Jahre Verband der Deutschen Buchdrucker – 15 Jahre ver.di. Das sind die beiden Jubiläen, die unsere Gewerkschaft in diesem Frühjahr feiert. Mit einer noblen Festveranstaltung am 28. Juni 2016 und zwei unterschiedlichen Ausstellungen werden die Traditionen in diesen Wochen gewürdigt.

STOLZ AUF ERRUNGENES

Auf den Tag genau 150 Jahre nachdem am 20. Mai 1866 Abgesandte der deutschen Buchdruckergehilfen in Leipzig ihren Verband gegründet hatten, wurde in der ver.di-Bundesverwaltung die Schau »Vom Deutschen Buchdruckerverband zur Einheitsgewerkschaft – ver.di. Solidarität. Emanzipation. Tarifkampf« eröffnet.

Die Ausstellung setzt sogar noch früher an: 1848. Im Revolutionsjahr waren die Buchdrucker mit Forderungen gegen unmenschlich lange Arbeitszeiten und Hungerlöhne, mit Streiks und dem Entwurf eines ersten Tarifvertrages auf die gesellschaftliche Bühne getreten. Es dauerte bis 1873, dass der erste reichsweite Tarifvertrag durchgesetzt werden konnte. Er sah zehn Stunden Arbeit mit zwei Pausen, Kündigungsfristen, einen Akkord- sowie einen wöchentlichen Mindestlohn vor – Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Entlohnung. Diese Grundforderungen begleiten die Entwicklung bis heute. Sei es beim verlustreichen Kampf um den Neunstundentag und den Einstieg in diesen 1896. Sei es beim Ringen um erste Lohnerhöhungen nach dem I. Weltkrieg, die schließlich 1925 durchgesetzt werden konnten. Sei es beim Kampf der Heinze-Frauen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit bis 1981. Oder beim 13-wöchigen Streik um die Einführung der 35-Stunden-Woche 1984.

Solche Meilensteine gewerkschaftlicher Selbstbehauptung lassen sich in zehn Themenkomplexen gut nachvollziehen. Ein großes Verdienst der Ausstellungsmacher, die überwiegend ehrenamtlich arbeiteten, ist es zudem, Biografien von 26 bekannten oder weniger bekannten gewerkschaftlichen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ins Gedächtnis zu rufen.

Auch wenn die moderne Dienstleistungsgewerkschaft, die jetzt 15 Jahre alt wird, »organisatorisch und kulturell nicht mehr sehr viel gemein hat« mit der frühen Vorgängerorganisation der Buchdrucker, sei ver.di



Eröffnungsgäste und Zeitzeugen zur Jubiläumsausstellung: Detlef Hensche, früherer IG-Medien-Vorsitzender (2. v. r.), und Werner Peplowski, letzter IG-Druck- und Papier-Vorsitzender der DOR (2. v. l.), mit Ausstellungsmacher Wolfgang Blumenthal (r.) und Michael Kopp, ver.di Leipzig (l.)

Foto: Chr. v. Polentz/transifoto.de

150 Jahre Tradition

Jubiläum des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

»stolz auf diese Traditionslinie« erklärte der stellvertretende Vorsitzende Frank Werneke zur Ausstellungseröffnung. Constanze Lindemann als Initiatorin vom Karl-Richter-Verein überreichte den Mitautoren Buchpräsentate. Sie hielt ein leidenschaftliches Plädoyer, die Gewerkschaft auch künftig »von innen heraus zu entwickeln«. Es sei existenziell, den Mitgliedern Identität zu vermitteln: »Strukturen und Orte sind nicht austauschbar«.

Die Jubiläumsschau ist bis zum 30. Juni im Foyer der Berliner ver.di-Zentrale zu sehen. Ein wunderbarer Katalog ergänzt und bewahrt sie. <http://150jahrejung.verdi.de>

BLEILETTERN ADÉ

In der MedienGalerie im Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße hieß es seit 21. April »Bleilettern aus Kreuzberg erobern die Welt«. Die Geschichte der traditionsreichen Hermann Berthold AG stand im Fokus. 1858 als »Institut für Galvanotypie« gegründet, war das Unternehmen bis zur Insolvenz 1993 am heutigen Mehringdamm beheimatet. Wissenswert: Bereits 1878 hatte Berthold mit dem Typometer das deutsche Normalsystem für Schrifthöhen eingeführt. Ein tiefgreifender Normierungsschritt, der es dem Unternehmen zugleich ermöglichte, überallhin einheitliche Schriftgrößen zu liefern. In den 1920er Jahren war Berthold zur weltweit größten Schriftgießerei auf-

gestiegen. Die Beschäftigten beteiligten sich 1925 an einem zwölfwöchigen Streik. Die Nazizeit überstand der Betrieb gebeutelt, doch ohne sich – wie viele Wettbewerber – dem Regime zur Rüstungsproduktion angedient zu haben. Die technische Entwicklung zum Fotosatz gestaltete das Unternehmen noch aktiv mit. Die Unternehmensstrategie zur vollständigen Digitalisierung führte dagegen in eine Sackgasse.

Der Arbeitskreis Berthold AG der Schule für Erwachsenenbildung e.V., die heute im früheren Firmensitz beheimatet ist, hat diese erstaunliche Geschichte erforscht (Sprachrohr berichtete) und jetzt auf informative Tafeln gebannt. Diese waren bis 3. Juni in der MedienGalerie zu sehen. Ehemalige Kollegen der Berthold AG, weitere Zeitzeugen und Detlef Hensche, seinerzeit Mitglied des Hauptvorstandes und Tarifstrategie der IG Druck und Papier, debattierten am 11. Mai über radikale Umbrüche in den Berufen der Druckindustrie.

Dieter Hinz, einer »der beiden letzten Schriftgießer von Berthold«, der ab 1964 im Unternehmen gelernt hatte und zuletzt Betriebsratsvorsitzender war, hatte fünf frühere Kollegen mitgebracht. Gemeinsam erinnerte man an Höhen und Tiefen technischer Entwicklungen, nachdem der Schriftguss bereits 1978 eingestellt wurde. Als am Ende das Geschäft »implodierte«, landeten 130 der noch 250 Beschäftigten in einer Auffanggesellschaft. Kolleginnen und Kollegen aus Berliner Druckhäusern berichteten aus eigenem Erleben, dass etwa die gesamte Berufssparte der Schriftsetzer ihre wesentliche berufliche Existenz einbüßte. Detlef Hensche, letzter IG-Medien-Vorsitzender, erläuterte, wie es mit dem sogenannten Rasterarifvertrag gelang, diese »Umbrüche zumindest tarifvertraglich einzufangen«. Die Gewerkschaften HBV, DAG, IG Druck und Papier und der Journalistenverband einigten sich 1978 mit dem Bundesverband Druck, den Zeitungs- und Zeitschriftenverlegern auf ein Tarifwerk, das Besitzstände sicherte, aber auch Bildschirmpausen regelte und verbot, dass etwa Journalisten Textgestaltung übernehmen. Der Vertrag zugunsten von bundesweit rd. 40.000 Schriftsetzern konnte nur mit Schwerpunktstreiks durchgesetzt werden, an denen sich auch Druck und Weiterverarbeitung beteiligten. »Wie in einem Brennglas« hätten diese Ereignisse Entwicklungen vorweggenommen, die im Zuge der Digitalisierung weitere Berufsgruppen erfassten und ihrer Kompetenzen »entgegenwärteten«. Technische Entwicklungen seien mit gewerkschaftlichen Mitteln nicht aufzuhalten, doch »Berufsschutz gehört sehr wohl zu den gewerkschaftlichen Aufgaben«, so Hensche.

NEH



Erinnerung an die Berthold AG in der MedienGalerie

Foto: Chr. v. Polentz/transifoto.de

Keine Zwei-Klassen-Gesellschaft mehr

ARD-Freienkongress in Berlin: Nur billige Personalreserve?

Gegenüber den Festen fühlen sich Freie zumeist wie Beschäftigte zweiter Klasse. Wie für viele Medien gilt das auch für den Rundfunk. ARD-Freie diskutierten Mitte April beim rbb in Berlin über Bezahlung und Mitbestimmung.

Werden Sender-Verantwortliche etwa gefragt: Sind Freie »Garanten der Rundfunkfreiheit oder billige Personalreserve?«, reagieren sie ähnlich

wie rbb-Programmdirektorin Claudia Nothelle in der so betitelten Eröffnungsdebatte: »Freie sind wesentlich und wichtig für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.« Sie seien die »tragenden Säulen des Programms«.

In der Praxis kommt diese Wertschätzung für die Zehntausende von Freien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk häufig nicht zum Tragen. Zudem sind Arbeitsbedingungen für sie

sehr unterschiedlich. Freie erhalten 20 Prozent weniger Geld als Feste, hätten keinen Kündigungsschutz und bei Krankheit gäbe es nicht sofort eine Honorarfortzahlung, wurde etwa aus dem gastgebenden rbb berichtet. Bestandsschutz gibt es in einigen Sendern, aber jeweils anders ausgestaltet. Über unterschiedliche Honorare für Sendeformate wurde im Zusammenhang mit Automatisie-

rung, Arbeitsverdichtung und Personalabbau diskutiert. Dagmar Menzel, Freisprecherin bei der Deutschen Welle, beschrieb, wie der Arbeitsumfang bei einem Studiobeleuchter wächst. Um 50 Prozent stieg das Arbeitspensum an einem Sendetag, das Honorar innerhalb von 14 Jahren aber nur um 29 Prozent.

Ein Knackpunkt in den Sendern ist die Mitbestimmung von Freien – aktuell bei der Neuregelung des Staatsvertrages für Deutschlandradio. Dazu gehöre das aktive und passive Wahlrecht für Freie in Interessenvertretungen, so ver.di-Vize Frank Werneke. Freie gleichberechtigt in der Interessenvertretung! Ein Muss! war dann auch ein Fazit. Bei einigen Sendern ist es bis dahin noch ein langer Weg. In Berlin-Brandenburg verpflichtet der rbb-Rundfunkstaatsvertrag die Intendanz lediglich, in einem Statut Regeln für eine Freienvertretung – nach ihrer Fassung – zu fixieren. Von gleichen Rechten eines Personalrates ist das weit entfernt.

In einer Resolution an die Intendanten, an die Rundfunkräte und die Parlamente in Bund und Ländern, fordern die ARD-Freien »Schluss mit der Zwei-Klassen-Gesellschaft« im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. **K. WENK**

1. MAI - ICH BIN DABEI!

Das sagte Carla S. zum Gewerkschaftsfest am ver.di Stand. Am 1. Mai unterzeichnete sie die Beitrittserklärung in die Gewerkschaft. »Endlich«, wie die junge Angestellte aus der Druckindustrie findet, die sich selbst als »glücklichen Gewerkschafts-Neuzugang« bezeichnet und mit Andreas Köhn und Alfons Paus vom ver.di Landesbezirk in die Kamera lächelt.

Erneut erzielte der Fachbereich 8 als einziger bundesweit 2015 ein Plus von 0,16 Prozent in der Mitgliederentwicklung der Erwerbstätigen. Nur knapp wurde ein Plus bei der Gesamtmitgliederzahl verfehlt.



Foto: Privat

TARIFMELDUNGEN

■ D-Trust Fortschritte in den Verhandlungen

In der 9. Tarifverhandlung Ende April bei der D-Trust GmbH erklärten die Arbeitgeber die grundsätzliche Bereitschaft über eine volle Anerkennung der Tarifverträge der Bundesdruckerei GmbH für die Beschäftigten der D-Trust GmbH. In der 10. Verhandlung Anfang Juni strebt ver.di Einigung über die Eingruppierung der Regelarbeitsplätze an. Damit würden sich die Einkommen der ca. 70 Beschäftigten spürbar verbessern.

■ Privater Rundfunk noch ohne Ergebnis

Auch die dritte Tarifrunde für die über 500 Beschäftigten der im Tarifverband Privater Rundfunk (TPR) zusammengeschlossenen Sender brachte kein akzeptables Ergebnis. ver.di und DJV fordern eine Erhöhung der Gehälter um 4,5 Prozent ab April

2016 bei einer Laufzeit von einem Jahr. Der TPR bot auf eine Gesamtdauer von 24 Monaten eine einmalige Tarifierhöhung von 2 Prozent und eine Einmalzahlung von 200 Euro bzw. für niedrige Tarifgruppen 300 und 400 Euro an. Die Verhandlungen werden am 14. Juni fortgesetzt.

■ Einkommenszuwachs an Tageszeitungen nötig

Die Tarifverhandlungen zwischen der dju in ver.di, dem DJV und dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) für die über 14.000 Tageszeitungsjournalisten wurden am 19. April 2016 ergebnislos abgebrochen. Die dju fordert für Festangestellte sowie für Freie fünf Prozent mehr Geld und für Berufseinsteiger mindestens 200 Euro mehr. Arbeitgeber boten zwei Prozent ab 1. Mai mit vier Leermonaten für eine Gesamtlaufzeit von 24 Monaten an. »Offenbar sollen Redaktionen von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden. Zeitungsverlage riskieren so die Zukunft ihrer Branche«, so der stellv. ver.di-

Vorsitzende Frank Werneke. Die Forderungen waren bundesweit von Streiks der Beschäftigten begleitet. Anfang Juni wird weiterverhandelt.

■ Zeit-Online Tariferfolg schwebt in der Luft

Als Erfolg gewerkschaftlichen Engagements wertete ver.di den Mitte April bei Zeit-Online für 120 Beschäftigte erkämpften Tarifvertrag. In monatelangen Auseinandersetzungen wurde tarifliche Absicherung durchgesetzt. Das Ergebnis bildet zu 90 Prozent die Flächen-Tarifverträge für Zeitschriftenverlage ab mit zusätzlichen betriebsspezifischen Regelungen. Der Haustarifvertrag läuft bis Ende 2019. Nach der Einigung fehlte allerdings bis Ende Mai noch die Unterschrift des Arbeitgebers.

■ AFP keine Nullrunde mehr

In den Verhandlungen mit der Nachrichtenagentur AFP fordern ver.di und DJV vier Prozent mehr. Der Ar-

beitgeber plante zunächst bei Neueinstellungen Verschlechterungen bei Entgelt und Arbeitszeit, die ein Minus von 25 Prozent ergeben hätten. Später erklärte er sich bereit, Einschnitte abzumildern. Über Änderungen in Gehaltsstruktur und beim Manteltarif wird weiter verhandelt – ebenso über die Belegschaftsforderung nach einer Gehaltserhöhung nach zwei Jahren Nullrunde. Zuletzt wurden die Gehälter zum 1.1.2013 um 0,75 Prozent erhöht.

■ Altersvorsorge bei ARD und ZDF stabilisieren

In neun Runden verhandelte ver.di mit ARD und ZDF einen neuen Altersversorgungstarifvertrag und Anpassung des Versorgungstarifvertrages. Damit sollen Betriebsrenten für künftige Generationen stabilisiert werden.

Die Verhandlungen stocken seit Ende April, da Vertreter der Rundfunkanstalten mit immer weiteren Forderungen nach Beschneiden von Betriebsrenten eine »greifbare Vereinbarung sprengen«, so ver.di.

Fällt das Damoklesschwert?

Gegenwehr zum Verkauf der ver.di-Jugendbildungsstätte Berlin-Konradshöhe

Das Damoklesschwert schwebte schon geraume Zeit über der ver.di-Jugendbildungsstätte Berlin Konradshöhe (jbs): Im Spätsommer 2015 kam die Nachricht, zum Jahresende von der ver.di-Immobilien-gesellschaft IVG die Kündigung zu Ende 2016. Auch diese Bildungseinrichtung wird wie das Bildungshaus in Lage/Hörste geschlossen (Sprachrohr berichtete). Zum ver.di-Kongress im Herbst 2015 wurde vom Gewerkschaftsrat über die Schließung des jbs-Hauses »abgestimmt durch Nichtbefassen mit dem Antrag zum Erhalt«, wie Constanze Lindemann von der Fachgruppe Verlage, Druck und Papier kritisiert.

Sie ist eine der Initiatorinnen des Solidaritätskomitees, das sich Mitte April in der MedienGalerie zur Finisage der Ausstellung im jbs-Workshop entstandener Comicarbeiten von jungen Flüchtlingen formierte. Dieses fordert mit Nachdruck die Fortführung der gewerkschaftlichen Jugendbildungsstätte – die zudem mit dem Berliner Register zur Dokumentation diskriminierender und rechtsextremer Vorfälle im Bezirk beauftragt ist – zumindest aber das Aussetzen des Kündigungstermins. Dazu wurde u.a. eine Resolution verabschiedet. Vertreter vom Bezirk waren dabei. Offizielle ver.di-Vertreter hatten sich mit der Kurzfristigkeit der Einladung entschuldigt.

Hakan Tas, für die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus, bestätigte, dass die jbs, die jährlich über 1.000 Jugendliche betreut, eine »sinnvolle, tolle Arbeit« leiste und eine Alterna-



tive gefunden werden müsse. Er werde sich dafür stark machen und Gespräche mit ver.di suchen, um zu hel-

KONSTRUKTIVE GESPRÄCHE NICHT GELUNGEN

fen, das Projekt zu retten. Gemeinsam und in Ruhe, darüber waren sich alle einig, müsse eine Zukunft gesucht werden. Verbündete – so von Senat und DGB – sind nötig.

jbs-Leiterin Elke Weißer fühlte sich in der zurückliegenden Zeit ständig zwischen ver.di-Bundesvorstand und Landesbezirk hin- und hergeschickt.

Konstruktive Gespräche zum Erhalt der Bildungsstätte seien nicht gelungen. »Wir müssen über Bildungsarbeit reden, zu der sich ver.di ja auch bekennt, und nicht über Grundstückswerte.« Das Projekt müsse an ver.di andockt bleiben. Das Solidaritätskomitee hat sich Ende Mai (nach Redaktionsschluss) erneut getroffen, um weiteres Vorgehen zu beraten.

Elke Weißer spricht von gedämpfter Hoffnung, dass der Kündigungstermin ausgesetzt wird. Dem Vorstand der ver.di-Jugendbildungsstätte Konradshöhe e. V. hatte die IVG allerdings bereits mitgeteilt, dass sie keinen Grund sähe, am Kündigungstermin zu rütteln. **B.E.**

KURZ GEMELDET

MAZ Regionalverlag wird aufgelöst

Bei der Märkischen Allgemeinen Zeitung Potsdam wird einer der insgesamt vier erst zum September 2013 gegründeten Regionalverlage aufgelöst. Die Havelland GmbH wird aufgespalten und künftig dem Regionalverlag Prignitz-Ruppin und dem Regionalverlag Brandenburg zugeordnet. Beschäftigte werden versetzt, Entlassungen soll es nicht geben. Mit diesen Veränderungen sollen offenbar kommunalpolitische Strukturen nachvollzogen werden.

Berliner Verlag 2017 nicht mehr am Alex

Die Mediengruppe Berliner Verlag verlässt ihren traditionsreichen Standort am Alexanderplatz. Anfang 2017 werden alle Redaktionen und Verlagsbereiche ein neues Gebäude in der Alten Jakobstraße/Ecke Kommandantenstraße beziehen. Der Mietvertrag ist auf zehn Jahre abgeschlossen. Im Haus werde – so der Betriebsrat – ausschließlich auf Großräume gesetzt, statt einer Kantine sei bislang nur eine Cafeteria eingeplant. Unklar sei, was angekündigte Redaktions- und Verlagsprojekte und die »Optimierung des Workflows« zu bedeuten habe. Sorgen, dass es zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen und zu Arbeitsverdichtung für die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen kommen könne, seien »keineswegs ausgeräumt«.

Erneut berichten Berliner Fotojournalisten von rechtswidrigen Hausdurchsuchungen. Bei Po-Ming C. forderten am 19. Mai die Berliner und die Frankfurter Polizei mit einem Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichtes Frankfurt am Main Bildmaterial von den Protesten gegen die Eröffnung der EZB im vergangenen Jahr. Als der Fotograf sich weigerte, wurde der PC samt externer Festplatte beschlagnahmt.

Willi E. verfolgte aus dem Ausland den Versuch des LKA Frankfurt, in seiner ehemaligen WG Festplatten und Speichermedien zu beschlagnahmen. Da der Fotograf aufgrund einer Dienstreise nicht anzutreffen

Geben Sie die Fotos her!

Hausdurchsuchungen bei Berliner Fotografen

und inzwischen auch umgezogen war, starteten die Beamten einen zweiten Versuch in der Wohnung seiner Eltern in Brandenburg, diesmal mit Amtshilfe aus Erkner. Dort war er seit 15 Jahren nicht mehr gemeldet.

»Der zuständige Staatsanwalt aus Frankfurt am Main« – so E. – »ist offenkundig der Meinung, wegen politischer Vorstellungen von Personen gar nicht mehr um die Herausgabe von besagten Festplatten zu bitten, sondern direkt zu durchsuchen, oder

in seinen Worten: 'Wir rechnen die beiden Personen als Sympathisanten dieser Szene zu (ND)'. Linke Journalisten sind offenbar in seiner Wahrnehmung keine Journalisten, sondern Vogelfreie. Eine Auffassung, die ich zuletzt in einem anderen Land meiner Reise am eigenen Leib zu spüren bekam: der Türkei.«

Die neuen Fälle ähnelten denen der fünf Berliner Fotografen 2013, meint ver.di-Fachbereichsleiter Medien Andreas Köhn. »Auch damals

fiel die Polizei in deren Wohnungen ein. Letztlich wurde gerichtlich festgestellt, dass das Vorgehen rechtswidrig war. Die Fotografen erhielten ihr Material zurück.« Nun müsse man den gleichen Weg noch einmal gehen. »Das Ergebnis unseres Protestes wird gleich sein. Fotografen sind nicht der verlängerte Arm der Polizei oder der Staatsanwaltschaft. Die Presse als vierte Gewalt dokumentiert Aktionen und Veranstaltungen, um Öffentlichkeit herzustellen. Es sollte freie Entscheidung der Fotografen bleiben, ob sie dieses Material jemandem zur Verfügung stellen oder nicht.« (Behinderung journalistischer Arbeit – siehe auch S.13) **B.E.**

Journalisten als Unternehmer

Linke Medienakademie diskutierte über neue journalistische Bezahlmodelle

Ich dachte mir, wow, es funktioniert wirklich. Die Leute zahlen für Journalismus.« So beschrieb Sebastian Esser Ende März auf einer Veranstaltung der Linken Medienakademie (Lima) in Berlin seine Erfahrungen als Mitbegründer des Projekts Krautreporter. Das ist ein digitales Magazin für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, das ausschließlich von den Lesern finanziert wird. Essers damit gemachte Erfahrungen dürften von großem Interesse in einer Zeit sein, da die Frage heftig diskutiert wird, wie man die Leser motiviert, für Artikel im Internet zu bezahlen. Doch Esser warnte auch vor einer Romanisierung des Crowdfunding, wie das Eintreiben von Geldern via Internet auch heißt. Der Krautreporter stellte dabei klar, dass es sich damit nicht um Spenden handelt. »Die Unterstützer erwarten Gegenleistung, und das sind Zeitungsartikel.« Daran schließen sich weitere Fragen an. »Was passiert, wenn den Lesern die inhaltliche Tendenz des Artikels nicht passt? Sorgt nicht allein die Angst, dass finanzielle Unterstützung weg-



Auf Wolke 7: Arbeiten überall und zu jedem Preis?

Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

fallen könnte, dafür, dass Journalisten dann vor allem das schreiben, was den zahlenden Lesern vermeintlich gefällt? Wie unabhängig und wie kritisch kann ein solcher Journalismus sein? Diese Fragen bleiben auch nach der Veranstaltung offen. Zudem betonte Esser, dass Crowdfunding in absehbarer Zeit nicht solche Honorare ermöglichen wird, mit denen Journalistinnen und Journalisten auskommen können.

»Bekommen Medienvertreter bei Recherchereisen Spesen für Hotels gezahlt?« lautete eine Frage aus dem Publikum. »Sie müssen wohl eher Couchsurfing bei Freunden machen«, lautete Essers ernüchternde Antwort.

»Beim Crowdfunding sind Journalisten gleichzeitig Unternehmer«, beschrieb Stefan Niggemeier die nicht unproblematische Doppelrolle. Er ist Mitbegründer des digitalen Magazins Übermedien, das sich der Medienkritik widmet und ebenfalls ausschließlich von Lesern finanziert wird. Die Veranstaltung war im besten Sinne aufklärerisch, weil die neuen Bezahlmodelle im Medienbereich nicht unkritisch abgefeiert werden. Sowohl die Gefahren für die sozialen Standards als auch die für kritisches Berichterstaten wurden deutlich.

PETER NOWAK

Festanstellung war gestern. 2020 sind die Menschen fast ausschließlich »Cloud Worker«. Unternehmen heuern austauschbare Arbeitskräfte über ein virtuelles Netzwerk an. Ein Heer von Freelancern kämpft in weltweiter Konkurrenz um Aufträge. Die Leute verdienen nur noch ein Drittel von dem, was vor zehn Jahren üblich war...

Mit dieser Science-Fiction-Vorstellung ließ sich einleiten, was am 20. April in der ver.di-Bundesverwaltung unter dem Titel »Crowdwork: Das Arbeitsmodell der Zukunft?« zur Debatte stand. Tatsächlich greift das Phänomen, über digitale Plattformen im Internet Aufträge auszuschreiben und abzuarbeiten, in der Dienstleistungsbranche immer mehr Raum. Davon sind weder Schreib- noch Programmier- oder Design Tätigkeiten ausgenommen.

Dass neben der viel gepriesenen Flexibilität für die »Selbstständigen« vor allem der Kosten(senkungs)aspekt für die Auftraggeber ein Antrieb ist, steht kaum in Zweifel. Wer die Auftragnehmer sind, wieviel sie bei dieser bisher kaum regulierten Tätigkeit verdienen und was Gewerkschaften tun müssten, um anständ-

Anonymes Arbeiten in der Wolke

sicht.weisen: ver.di hat Cloudworker als Arbeitskräfte der Zukunft im Fokus

ge Arbeitsbedingungen auch in der digitalen Wolke zu sichern, das beschäftigt ver.di seit einiger Zeit.

In der Veranstaltungsreihe sicht.weisen wurden zwei Studien präsentiert, die versuchen, Licht in das Dunkel der Wolke zu bringen. David Dur-

IM ARBEITSRECHT KEINE WOLKEN-ARBEITER

ham von der Universität Kassel stellte Ergebnisse eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekts vor. Dort wurden »Crowdsources« – Auftragnehmer – befragt. Dass sich diese Arbeitskräfte grob in zwei Gruppen teilen lassen, war das erste Ergebnis. Neben relativ gut verdienenden »Spezialisten« bilde sich ein »digitales Proletariat« heraus. Dort existiere ein »hohes Frustrationspotenzial«. Wissen doch auf sogenannten Designplattformen Gestalter bis zur end-

gültigen Entscheidung des Auftraggebers gar nicht, ob sie für ihren Entwurf überhaupt entlohnt werden. Dort werden keine Aufgaben »ausgeschrieben«, sondern »Wettbewerbe« ausgelobt, in denen ein »Preisgeld« winkt. Unter den Beteiligten gibt es zudem ein hierarchisches Ranking auf Basis von »Kundenbewertungen«. Neulinge fangen ganz unten an.

Weitere Ergebnisse der nicht repräsentativen Befragung: 38 Prozent der Cloudworker sind Selbstständige, 19 Prozent Studierende, 4 Prozent Schüler und je 2 Prozent Rentner bzw. Hausfrauen/männer. 58 Prozent von ihnen haben Abitur. Fast ein Viertel arbeitet vorrangig abends und 83 Prozent von zu Hause. Im Verhältnis zu ihrer Qualifikation empfinden 48 Prozent die Entlohnung als ungerecht. Monatseinkünfte der Befragten differieren von 10.000 bis zu wenigen Euro. Nur 27 Prozent gaben an, auf das Geld angewiesen zu sein. Man könne arbeiten, wann und wo man

will, es sei eine interessante Freizeitbeschäftigung, beschreiben Cloudworker ihre sonstige Motivation.

Im deutschen Arbeitsrecht kommen Wolkenarbeiter bisher nicht vor. Sozialversichert sind sie für diese Tätigkeit nicht. Gewerkschaften und Juristen gehen jedoch davon aus, dass sie in ihrer Schutzbedürftigkeit Arbeitnehmern vergleichbar sind. Deshalb seien Mindestvergütungen, Tarifverträge und eine »Erwerbstätigenversicherung« denkbar, allerdings noch Zukunftsmusik.

Welche Aufgabe auf die Gewerkschaften als »Schnittstelle zur Vertretung gemeinsamer Interessen« zukommt, dafür liefert die zweite Studie Ansätze, die mit ver.di-Unterstützung vom Alexander-von-Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft erarbeitet wurde. Fazit: Um eine Anbindung an die Cloudworker herzustellen, »werden Gewerkschaften nicht umhinkommen, ebenfalls Plattformen zu bauen«. (www.ayadal-ani.com)

NEH

Preise für beste Filme und Drehbücher im Wert von 38.000 Euro in 13 Sektionen, 114 Filme aus 28 Ländern und 7.000 Besucher. Das ist die Bilanz des 45. Sehsüchte Filmfestivals, das vom 20. bis 24. April in der Medienstadt Potsdam-Babelsberg Filmfans aus aller Welt empfing. Doch hinter den Kulissen des größten Studentenfilmfestivals Europas gab es mehr zu entdecken als nur gute Filme. Mit Workshops und Networking-Veranstaltungen wollten die Organisatoren getreu dem Festival-

Experimentierfreudige Sehsüchte

45. studentisches Filmfestival lockte Filmfans aus der ganzen Welt an



Unerfüllbar: Sehnsucht nach dem kompletten Sehsüchte-Programm

Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

PERFEKTIONISMUS SOLLTE ABGESTREIFT WERDEN

motto S.P.A.C.E. einen Raum anbieten. Die ver.di-FilmUnion nutzte diesen Raum der Begegnung, um am Festivalsamstag Filmstudenten und junge Filmemacher nicht nur aus Deutschland, sondern von allen Kontinenten über den Tarifvertrag für Film- und Fernsehschaffende (TV FFS) sowie die ver.di-Angebote für Freie und Selbstständige zu informieren.

Organisiert wird das Sehsüchte-Festival vom Masterstudiengang Medienwissenschaft der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf. Diesmal sollte Perfektionismus abgestreift, das Festival zurück zu seinen Anfängen geführt und wieder studentischer und experimentierfreudiger wer-

den. Flankiert wurde das Programm aus Screenings und Networking-Veranstaltungen durch ein Workshop-Angebot, das von Virtual Reality (VR) und Produktionstechniken für 360° Videos bis zu Strategien von Filmverleih und Filmvertrieb sowie Case Studies für die Filmfinanzierung mittels Crowdfunding reichte. Eine beson-

dere Sektion bilden auf dem Sehsüchte-Festival die Schreibsüchte. Hier geht es um die Vorgeschichte des Films. Denn vor jedem Dreh steht eine Idee. Und auf dem Weg von dieser ersten Idee bis zum fertigen Drehbuch konnten die Festivalbesucher junge Drehbuchautorinnen und -autoren am Schreibsüchte-Samstag

begleiten. In einem Podiumsgespräch mit Filmuni-Dozent und Dramaturg Timo Gössler berichtete Annette Hess, bekannt unter anderem als Drehbuchautorin von »Weißensee« und »Ku'damm 56«, zudem über ihren Werdegang, die Arbeit als Autorin und die Techniken seriellen Erzählens. **MONIQUE HOFFMANN**

WISSENSWERTES

IAO mit wichtigen Übereinkommen

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Sie verfügt über eine dreigliedrige Struktur: Die 187 Mitgliedsstaaten sind durch Repräsentanten sowohl von Regierungen als auch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Organen der IAO vertreten. Seit 1919 hat die IAO in 189 Übereinkommen, 6 Protokollen und 203 Empfehlungen ein internationales Arbeits- und Sozialrecht geschaffen.

Informationen und ein Faltblatt zur Geschichte des Konflikts und zum Streikrecht in Deutschland hat der AK Europa des Bezirksvorstandes ver.di Berlin erarbeitet. Zu finden unter: ver.di Berlin, Thema: AK Europa <https://bb.verdi.de>

Streikrecht macht wehrhaft

Generalattacke von Regierungen und Arbeitgebern auf das IAO Streikrecht

Sechzig Jahre waren sich Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften einig: Aus dem Übereinkommen 87 zur Vereinigungsfreiheit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) leitet sich das umfassende Streikrecht ab. Seit 2012 wird dieser Konsens weltweit von Arbeitgebern und Regierungen in unterschiedlichem Maße in Frage gestellt. Das ist eine Generalattacke auf das Streikrecht und auf die Arbeitnehmerrechte.

Auf einer Tagung des DGB Anfang April zur IAO mit internationaler Beteiligung aus der Arbeitnehmergruppe, dem Verwaltungsrat und den Überwachungsorganen der Organisation wurde sichtbar, dass Freihandelsabkommen wie NAFTA, das geplante CETA und TTIP unvereinbar sind mit den in der IAO verankerten Rechten. Denn diese ersetzen Rechte durch unverbindliche Regelungen.

Bereits in den 1990er Jahren wurde mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA der erste Angriff auf die IAO gestartet.

Nachdem die IAO am Rande der Handlungsunfähigkeit stand – seit 2012 konnte sie das Streikrecht nicht mehr wirkungsvoll vertreten – wurde 2015 eine »Kompromissformulierung« gefunden, wonach das Streikrecht »kein absolutes Recht« ist, garantiert durch das IAO-Übereinkommen, sondern »auf nationaler Ebene geregelt« wird.

Das erwies sich als fatal. Denn so wurden bei der IAO keine Klagen zum Streikrecht mehr bearbeitet, ihre Rechtsprechung folglich ausgehebelt. Damit wird das IAO-Übereinkommen massiv entwertet. Denn der Angriff auf das darin garantierte Streikrecht gefährdet zugleich die Überwachung des Einhaltens recht-

lich verbindlicher Arbeitsstandards. Das ist die beginnende Erosion der IAO.

Die Tagung machte zugleich deutlich: Juristisch sind die Fragen nicht mehr zu klären. Es ist eine Machtfrage, keine juristische. Nur die Mobilisierung der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen in jedem Land – gleich ob in Deutschland, Frankreich oder anderswo – verbunden mit der Praktizierung des Streikrechts und dem Protest gegen jede Form der Einschränkung, kann die IAO Rechte verteidigen. Der DGB sollte die Aushöhlung des Streikrechts zum großen Thema machen und die IAO ihre Übereinkommen und ihr Überwachungssystem verteidigen.

**GOTTHARD KRUPP,
SPRECHER DES AK EUROPA BEIM
VER.DI-BEZIRKSVORSTAND BERLIN**



Rente schon lange anvisiert – ver.di-Protestaktion 2009

In diesem Jahr wird die Alterssicherung im Zentrum der politischen Aktivitäten von ver.di stehen, so beschlossen auf dem vorjährigen Bundeskongress, angekündigt zu Jahresbeginn vom ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske. Jahrzehntlang hatte die gesetzliche Rentenversicherung zuverlässig für eine auskömmliche Rente gesorgt und auch fair an wachsendem Wohlstand teilnehmen lassen. Doch seit Jahren befinden sich die Rentenwerte auf einer Abwärtsspirale. Gegenwärtige Generationen müssen sich Sorgen wegen drohender Altersarmut machen. Wenn gesagt wird, dass Renten sinken wie nach einem Naturgesetz, so verschleiert dieser Begriff die Tatsachen – die gesetzlichen Vorgaben sind von Politikern gemacht. Der drohende miserable Zustand ist das Ergebnis von »Dämpfungsfaktoren«, beschlossen 2001/2004 unter der Schröder-Regierung mit Riester-Regeln. Wie beabsichtigt, werden damit die Altersbezüge der Erwerbstätigen kontinuierlich heruntergefahren, dagegen die Kosten für die Arbeitgeber stabil gehalten.

Altersarmut liegt demnach nicht in der Verantwortung der Rentenversicherung, sondern ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Angesichts dessen hat ver.di seit zwei Jahrzehnten Alarm geschlagen und Verbündete geworben. Mit weiteren DGB-Gewerkschaften und Sozialverbänden berieten sie als Rentenbündnis mehrfach über Auswege. Sie pochten auch auf die Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Angleichung der Renten Ost an West. Auf alle durchdachten Vorschläge reagierten die Bundestagsparteien – mit Ausnahme der Linken – nicht.

Weil die Politik untätig geblieben ist, legen jetzt die Gewerkschaften den Finger in die Wunde. Auch der DGB-Bundesvorstand hat Anfang Mai eine Rentenkampagne beschlossen; sie soll im Spätsommer starten. Als erstes muss das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung stabilisiert werden. Gefordert wird aber ein prinzipieller Kurswechsel in der Rentenpolitik. »Darüber darf jetzt nicht nur geredet, er muss praktisch in Angriff genommen werden«, sagte Annelie Buntenbach vom DGB-Vorstand.

Tickende Zeitbombe entschärfen

Drohende Armut ist eine tickende Zeitbombe. Den Zusammenhang von jetzigen Löhnen und späteren Renten versteht jeder. Prekäre Arbeit, Niedriglöhne, wie sie heute gelten, Leiharbeit – jeder vierte Beschäftigte unter 25 Jahren hat gegenwärtig einen befristeten Arbeitsvertrag, die Zahl hat sich in zwei

Horizonte eröffnen

Die gewerkschaftliche Rentenkampagne kommt in Fahrt – gegen drohende Altersarmut, für ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Bezahlbares Wohnen rückt in den Mittelpunkt

Jahrzehnten verdreifacht. Damit alle im Alter in Würde leben können, muss jetzt mit Nachdruck für einen Kurswechsel gestritten werden. Das verlangt die Generationengerechtigkeit.

WOHNEN IM FOKUS

Miete muss jederzeit bezahlbar sein

Wie hoch ist die Rente, wie hoch ist die Miete? Renten und Wohnen hängen eng zusammen. Daher der Ruf nach bezahlbaren Wohnungen. »Eigentlich sind alle Wohnungen bezahlbar, nur für wen«, stellt Ingeborg Gotthold fest. Sie kennt sich aus, sie ist die Vorsitzende des gewerkschaftlichen Arbeitskreises Wohnen.

Vor etwa 20 Jahren von der ehemaligen ÖTV gegründet, sind jetzt außer ver.di die Gewerkschaften IG Bau, GEW, IG Metall, EVG und NGG mit im Boot – eine bunte Runde, die sich etwa einmal im Quartal trifft. Im Grunde geht es um das demokratische Recht eines jeden, ein Dach über dem Kopf zu haben.

Berlin ist traditionell eine Stadt der Mietwohnungen. Von 2007 bis 2015 stiegen aber hier die Angebotsmieten durchschnittlich um 47 Prozent! Das

Wohnungswesen wurde zum heiß umkämpften Gebiet, seit der Senat spät begriff, dass es keinen abrisswürdigen Überfluss mehr gibt und der Verkauf landeseigener Wohnungen nicht mehr rückgängig zu machen ist. Umso mehr beobachten die Gewerkschafter aufmerksam, dass Wohnen nicht allein dem Markt überlassen bleiben darf. Sie sehen sich als Partner der sechs kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Katalog listet Forderungen auf

In einem umfassenden Katalog, der auch Grundlage von Diskussionen bei den kommenden Wahlen sein kann, hat der Arbeitskreis wichtige gewerkschaftliche Forderungen aufgelistet. Beispielsweise, dass allgemeine Mieterhöhungen künftig auf maximal 10 Prozent in vier Jahren begrenzt werden und spekulativer Leerstand verboten werden muss, dass eine 5-prozentige Modernisierungsumlage auf maximal 20 Jahre begrenzt wird und im qualifizierten Mietspiegel auch unveränderte Bestandsmieten und mietspreisgebundene Wohnungen berücksichtigt werden. Wohngeld ist jährlich an die Mietpreisentwicklung anzupassen und kommunale Mitsprache für eine soziale Stadtentwicklung zu stär-

Historisches zitiert
Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andre... Das Resultat ist, dass die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, dass Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind; denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen.
Friedrich Engels:
Zur Wohnungsfrage, Leipzig 1872



ken. Ökologische Standards müssen wirksamer umgesetzt und der altersgerechte Umbau von Wohnungen gefördert werden. Die Hälfte neu zu bauen der Wohnungen sollte barrierefrei sein. Beim kommunalen Wohnungsbau muss dem Mangel an kleineren bezahlbaren Wohnungen entgegengewirkt werden. Das Personal der Wohnungsbaugesellschaften, einschließlich der Hausmeister, soll unbedingt erhalten und aufgestockt werden. Und vieles weitere mehr.

Statistisch arm mit steigender Tendenz

Hinter allen Forderungen steht die Erkenntnis aus dem »Arbeitsbericht 2013«, dass der Anteil der statistisch Armen an der Berliner Bevölkerung über 21 Prozent liegt, mit steigender Tendenz. Die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum übersteigt schon lange das Angebot. Denn auch viele Rentner stehen finanziell auf der gleichen Stufe mit Niedriglöhnern, Hartz-IV-Empfängern, Arbeitslosen, Studenten und vielen Zuwanderern. Für alle machen sich die Gewerkschafter stark.

Der im Arbeitskreis in manch heißen Diskussionen erarbeitete Katalog ist Arbeits- und Diskussionspapier für alle in der jeweils eigenen Gewerkschaft. Die

Mitglieder sind größtenteils selbst Mieter; sie können für Aufmerksamkeit und Mitwirkung gewonnen werden. Auch der DGB stützt sich auf den Katalog.

Für den 16. August hat der Arbeitskreis Wohnen eine Veranstaltung geplant (siehe auch Seite 15). Vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus sind die wohnungspolitischen Sprecher der Parteien zu einer Podiumsdiskussion in die ver.di-Bundeszentrale eingeladen. Angesichts der teilweise weitgehenden Forderungen ist ein lebhafter Meinungsaustausch zu vermuten.

Neubau von Wohnungen ist dringend nötig

Steigende Nachfrage und ein nicht ausreichend wachsendes Angebot führen in der Regel zu steigenden Mieten«, sagt der Vorsitzende des Mieterbundes Lukas Siebenkotten. Dringend nötig sei Wohnungsneubau. Die sechs kommunalen Wohnungsbaugesellschaften Berlins wollen in diesem Jahr 15.000 Wohnungen plus Modulbauten als Flüchtlingsunterkünfte schaffen. Künftig sollen es dann jedes Jahr 6.000 Wohnungen sein; bei einem Drittel wird die Miete bei 6,50 € liegen.

Gute Aussichten – aber auch das Wohnumfeld muss stimmen.

Auch im Alter selbstbestimmt leben

Jeden Tag wird jeder einen Tag älter. Dank eines leistungsfähigen Gesundheitswesens und veränderter Lebensweise ist dieses Älterwerden nicht unbedingt mit Kranksein verbunden – jedenfalls hat der Anteil lebensfroher Senioren deutlich zugenommen. Doch nicht alle Tätigkeiten und Wege sind noch allein zu schaffen. Um im Umfeld wohnen zu bleiben – der Wunsch vieler Älterer – ist kommunales Handeln mit innovativen Lösungen gefragt. So wurde im Land Brandenburg eine Offensive gestartet. Vier vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg geförderte Modelle widmen sich der Weiterentwicklung von pflegerischen Versorgungsstrukturen unter dem Begriff »Fachstellen Altern und Pflege im Quartier«. Fachstellen beziehen sich auf Gebiete, die wissenschaftlich, also fachlich bearbeitet werden. Diese Modellprojekte sollen ungenutzte Potenziale erschließen, es geht um vorbeugende und wiederherstellende Strukturen.

Die Idee: Wer in das Leben des Umfelds eingebunden ist, passende Unterstützung erhält, auf soziale Netzwerke



Fotos: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

zurückgreifen kann, hat ein deutlich geringeres Risiko, pflegebedürftig zu werden. Kommunen und Akteure soll geholfen werden, eine der Region entsprechende Infrastruktur zu entwickeln – die Fachstellen geben fachliche und methodische Hinweise zu Pflegestrukturplanung, Quartiersentwicklung, neuen Wohnformen sowie Betreuungs- und Entlastungsangeboten. Als Kooperationspartner wirken Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V., Alzheimer Gesellschaft Brandenburg e.V. und Selbsthilfe Demenz mit, das Institut für Gerontologische Forschung begleitet das Projekt.

ANNEMARIE GÖRNE

Generationenübergreifende Projekte – ein zukunftsfähiges Modell

Dem eigenen Anspruch auf der Spur

Auftakt für neue Begegnungen – Schriftstellertreffen des VS in Blossin



Vom 11. bis 13. März lud der VS Brandenburg zum Schriftstellertreffen nach Blossin in Brandenburg ein. Organisator Thomas Bruhn hätte wohl kaum einen geeigneteren Ort finden können. Das Jugendbildungszentrum liegt malerisch am Wolziger See. Es hat einen eigenen Yachthafen für Segel- und Ruderboote, für deren Benutzung es leider zu kalt war. Wir waren in Bungalows untergebracht, die einfach, aber dennoch zum Wohlfühlen ausgestattet sind. Sie liegen mitten im Wald mit Blick auf den See. Nach dem gemeinsamen Essen wurde das Treffen in der Bar eröffnet. Angesichts der

SPANNENDE THEMEN UND DISKUSSIONEN

kalten Temperaturen wurde zunächst über Eiergrog diskutiert, und die Vorsitzende des VS Berlin versprach, beim nächsten Treffen das Rezept mitzubringen.

Am Samstagmorgen begann die Arbeit. Die Schriftstellerin Vera Kissel sprach über ihre 20-jährige Erfahrung mit Agenturen und »Sind drei Agenturen genug?«. Sie differenzierte zwischen Agenturen für Belletris-



Eine Masse an Infos fürs aufmerksame Auditorium

Foto: Carmen Winter

tion und Dramatik. Die Theaterverlage sind selbst bereits Agenturen; ohne sie haben Dramatiker so gut wie keine Chance, von einem Theater wahrgenommen zu werden. Bevor man nach einer Agentur sucht, sollte man sich fragen, was der eigene Anspruch ist. Ist Schreiben mein Beruf? Welches Profil habe ich? Eine faire Agentur arbeitet auf Erfolgsbasis.

Der nächste Gast war Nina George, die einen spannenden Vortrag über das trockene Thema Urheberrecht hielt. Zunächst ging es um »illegale Downloads«. Hier handele es sich um den viertgrößten Schwarzmarkt direkt nach Waffen, Prostitution und Menschenhandel. Es dürfte wohl kaum ein e-book geben, das nicht schon »gehackt« wurde. Piraterie ist ein ernstzunehmendes The-

ma. Ebenso sind Plagiate auf dem Vormarsch, insbesondere in den USA mit »amazon« und »google«. Schätzungsweise 23 Prozent der Deutschen beteiligen sich an illegalen Downloads. Man kann Anti-Tracker-Dienste kaufen um diese zu verschleiern. An der Piraterie verdienen viele, außer den Urhebern. Die »Library Genesis« in Russland soll zwei Milliarden illegale Titel haben. 20 Prozent der Piraterie-Server befinden sich in den USA, fünf in Russland, die meisten aber vor unserer Haustür, in Amsterdam, registriert z.B. in Togo.

Die Masse an Informationen konnte man bei langen Spaziergängen am See vertiefen. Am Nachmittag kamen Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst zu Wort in einer Lesung von Gedich-

teraler Landgericht der Prozess gegen Gottfried Weise aus Solingen, dem als SS-Aufseher in diesem KZ mehrere Morde vorgeworfen werden. Von dem Erlebten bewegt, hat Ohlsen die Verhandlung mitschreibend verfolgt.

In dem daraus entstandenen Buch sind die Aussagen von 12 Zeugen aufgezeichnet, nüchtern in Rede und Gegenrede mit Richter, Staatsanwalt und Verteidigern. Eingestreut ihre knappen Beobachtungen der Reaktionen des Angeklagten. Obwohl auch die Aussagen der Überlebenden, die das Verdrängte nun mühsam erinnern, ohne Emotionen vortragen werden, formt sich ein Bild des Grauens. Der Angeklagte wurde nach erwiesener Schuld zu lebens-

langer Haft verurteilt, entzog sich ihr aber mit Hilfe des funktionierenden SS-Netzwerkes durch Flucht in die Schweiz. Später aufgegriffen, hat er sieben Jahre abgesessen, wurde dann aber »aus humanitären Gründen« freigelassen. Freilich wurde ihm die »Kriegsopferrente« gestrichen, die er 45 Jahre lang bezogen hatte.

Beim Lesen glaubt man sich neben der Autorin im Gerichtssaal sitzend. Besser kann man einen Prozess nicht verfolgen. Als Ergebnis ist mit diesem Buch eine Form gefunden, die überzeugender in ihrem Wahrheitsgehalt nicht sein kann.

A.GÖRNE

Birgit Ohlsen: Der Wuppertaler Auschwitz-Prozess. Ausgewählte Mitschriften. Verlag NordPark Wuppertal. 143 Seiten. ISBN 978-3-943940-15-2

ten oder Kurzgeschichten. Der dritte Gast dieses Treffens war Barbara Plensat, die über ihre Tätigkeit als Hörspielregisseurin berichtete. Dabei lag ihr Fokus auf der geschichtlich-ästhetischen Entwicklung des Hörspiels, das 1924 unter dem Titel »Zauberei auf dem Sender« erstmals in Erscheinung trat. Seine Anfänge waren von großer Experimentierfreude gekennzeichnet, mit einem bildlosen Medium etwas Bildhaftes zu erzeugen.

Nach dem 2. Weltkrieg entwickelte sich das Hörspiel in Ost und West unterschiedlich. In den späten 1960er Jahren besann sich das Hörspiel im Westen wieder auf seinen experimentellen Charakter. In der DDR wurde die realistische und dramatische Erzählstruktur beibehalten mit dem »Arbeiter« als dramatischem Held, »zeitnah, parteilich und volksnah«. Heute hat das Hörspiel eine breit gefächerte Ausdruckspalette, es ist »akustische Kunst«, was mit Hörbeispielen bestätigt wurde. Das Schriftstellertreffen endete mit dem dringenden Wunsch nach Fortsetzung 2017. ASTRID VEHSTEDT

LESENSWERT

Neuerscheinungen

Thomas J. Hauck »Wiener Schmah mit Leichen« ein grotesker Krimi, Zwiebook Verlag, ISBN 978-3-943451-22-1

Aljonna und Klaus Möckel »Hoffnung, die zweite – Dan und seine Bilder«, Edition Digital, Pekar & Sohn GbR, ISBN 978-3-95655-485-8

Jutta Rosenkranz »Eines jeden Glück« – Mit Virginia Woolf durch den Garten, Insel Verlag, ISBN 978-3-458-36135-0

Ulrich Karger (Hrsg.): »Büchermurm trifft Leseratte 2 – Neue Geschichten und Gedichte für Kinder«. Autoren: Gabriele Beyerlein, Dagmar Chidolue, Uschi Flacke, Thomas Fuchs, Ulrich Karger, Manfred Schlüter, Sylvia Schopf, Pete Smith, Christa Zeuch, Illustrationen: Manfred Schlüter. Edition Gegenwind – BoD, Reihe VOR- UND SELBERLESEN, ISBN 978-3-8423-8326-5

Roland Sieglhoff »Nächster Halt: Südkreuz«, Böhland & Schremmer Verlag, ISBN 978-3-943622-13-3

BUCHTIPP

DER WUPPERTALER AUSCHWITZ-PROZESS

VERLAG NORDPARK
WUPPERTAL

Ein Zufall führt 1985 die Studentin Birgit Ohlsen bei einer Ferienfahrt in Polen auch in das KZ Auschwitz. Die tiefgreifenden Eindrücke des schwer Begreiflichen versucht sie in ihren Notizen festzuhalten. Ein gutes Jahr später beginnt vor dem Wup-



Westhoff: »Alles muss stimmen«

Foto: Chr. v. Polentz / transifoto.de

Astrid Westhoff, Du hast als Tarifkoordinatorin im ver.di-Landesbezirk die Verhandlungen mit dem Berliner Senat zum Abschluss eines Tarifvertrages für die festangestellten Lehrkräfte an den 12 Musikschulen der Hauptstadt geführt. Jetzt sind die Verhandlungen erfolgreich beendet. Warum dauerten sie so lange?

ASTRID WESTHOFF: Ja, es hat eine Weile gebraucht, aber immerhin ist zum allerersten Mal ein eigener Eingruppierungs-Tarifvertrag für die Berliner Musikschulen verhandelt worden. Und da muss alles stimmen. Seitdem vor drei Jahren Tarifverhandlungen mit den Bundesländern für die Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen starteten, waren wir mit dem Senat im Gespräch, um für die Musikschulen Eingruppierungen tarifvertraglich zu regeln. Offiziell signalisierte der Senat Bereitschaft. Eigentlich aber wollte er den Status quo festschreiben, bzw. verlangte er sogar Verschlechterungen.

Kein Irgendwie-Geschäft

Erster Tarifvertrag für Berliner Musikschulen

Wie sah dieser Status quo aus?

WESTHOFF: Für den Arbeitgeber war günstig, dass Richtlinien die Eingruppierungen regelten. Diese Bedingungen wurden immer wieder verändert – auch zum Schlechteren. So bekamen etliche Festangestellte entgegen ihren Wünschen nur Teilzeitstellen, Zwangsteilzeit. Die Bezirksämter mussten sparen. Die Kombination von einer halben oder einer Drittstelle mit Honorararbeit führt zu Problemen mit der Scheinselbstständigkeit. Um erfolgreiches Einklagen auf eine volle Stelle zu verhindern, hat das Land diese Kombination unterbunden: Teilzeitvertrag sei okay, doch auf Honorarbasis dürfe an der Musikschule nichts dazuverdient werden. Das führt zu prekären Situationen für die Betroffenen. Trotz hochqualifizierter Arbeit gingen nicht wenige Lehrkräfte mit nur 1.500 Euro brutto nach Hause. Deshalb ist eine angemessene Eingruppierung besonders wichtig. Etliche neue Aufgabenfelder und gestiegene Anforderungen wurden nicht berücksichtigt. Kurz: Faire tarifliche Kriterien gab es nicht.

Diese fairen Kriterien waren zu erarbeiten?

WESTHOFF: Es musste eine grundsätzliche Bewertung der Arbeitsanforderungen vorgenommen werden. Wir wollen das Berufsfeld unbedingt aufwerten. Musikschule ist kein Ir-

gendwie-Geschäft. Im Mittelpunkt stehen die Eingruppierungen entsprechend der Anforderungen. Vieles was zur Berufsausübung dazugehört, blieb außen vor. Bislang zählten für eine höhere Eingruppierung der Lehrkräfte nur Ensembleleitung und Studienvorbereitung. Jetzt sind weitere Kriterien wie Unterricht in mehreren Fächern oder Schülerzahlen dazugekommen. Über diese Merkmale wurde hart verhandelt. Der Widerstand des Arbeitgebers war groß. Denn schon eine Entgeltgruppe höher kann bei den Entgelttabellen des Tarifvertrags Länder – letztmalig im Frühjahr 2015 verhandelt – mehrere hundert Euro im Monat ausmachen.

Auch die fachlich qualifizierte Leitung einer Musikschule war Verhandlungsthema?



Musik soll allen Spaß machen

Foto: Chr. v. Polentz / transifoto.de

WESTHOFF: Richtig. Wir haben es geschafft, dass eine berufsfachliche Qualifikation die Einstellungsbedingung für die Musikschulleitung ist und bleibt. Das heißt, dass ein BWL- oder Verwaltungswissenschaftsstudium nicht zur Führung einer Musikschule befähigt. Zwischendurch hatte die Bildungsverwaltung die notwendige Fachlichkeit als überflüssig erachtet.



Wo musstet ihr zurückstecken?

WESTHOFF: ver.di-Position war, dass Musikschullehrkräfte grundsätzlich alle in eine höhere Entgeltgruppe eingereiht werden. Das konnten wir nicht durchsetzen. Doch die jetzt tarifvertraglich fixierten Kriterien für die Eingruppierung berücksichtigen verstärkt veränderte Arbeitsanforderungen, sorgen für mehr Sicherheit und im Endeffekt auch für mehr Geld. Dass wir mit unserem Fokus auf Eingruppierungen und verbindliche Mindeststandards richtig liegen, signalisierten uns Beschäftigte. Denen ging es hier vorrangig um Anerkennung ihrer Leistung und erst in zweiter Linie ums Geld. Das zeigte das Abstimmungsergebnis bei der Mitgliederbefragung zum Tarifvertrag. 96 Prozent stimmten für die Annahme. Jetzt warten wir auf die Zustimmung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Der Vertrag soll vom 1. Juni 2016 bis 30. Juni 2019 laufen.

INTERVIEW: BETTINA ERDMANN



Helmut Routschek

Foto: Privat

Sein feiner Humor bleibt

Zum Tod von Schriftsteller Helmut Routschek

verdient. Er hatte noch einiges vor. Lesungen waren verabredet, Geschichten noch nicht aufgeschrieben. Jetzt können wir von ihm nur in der Vergangenheit schreiben und sprechen. Helmut war...

... ein charmanter Kollege, der zu VS-Sitzungen oft mit frischen Blumen kam und sie den Frauen überreichte. Er war bescheiden. Seine wissenschaftlich-phantastischen Bücher, unter dem Pseudonym Alexander Kröger, haben sich millionenfach verkauft. Er war einer der meistgelesenen deutschen Science-Fiction Autoren. Aber nie habe ich ihn davon sprechen hören. Auch in seinem Amt



als Vorsitzender des VS nahm er sich nicht wichtig. Wir verdanken ihm die erste Anthologie des Brandenburger VS »Geschichten aus der Streusandbüchse«, und in gewisser Weise auch die zweite und dritte. Es gelang ihm, Geld aufzutreiben und zur Mitarbeit einzuladen. Nachdem er 2010 als Vorsitzender zurückgetreten war, arbeitete er bis 2014 im Vorstand weiter. Ich kenne nur wenige Menschen,

die das wirklich können: zurücktreten, ohne am alten Amt zu kleben und doch weiter die Entscheidungen zu beeinflussen. Helmut konnte das, er war in seinen Entscheidungen wirklich frei und nicht darauf angewiesen, andere einzuschränken. Das machte die Arbeit mit ihm so angenehm. Ab 2014 wollte er noch einmal Zeit zum Schreiben haben. Er begann, Autobiografisches zu veröffentlichen. »Ego-Episoden des Alexander Kröger« und »Cottbus – ein Star im Sternen« erschienen. Aber wir warten vergebens, dass er Platz nimmt und zu lesen beginnt. Was uns bleibt, ist sein feiner Humor, aufbewahrt in mehr als dreißig Romanen und vielen Kurzgeschichten, aufbewahrt in unserem Gedächtnis, in den Geschichten, die wir uns erzählen werden. **CARMEN WINTER**

Helmut Routschek ist am 7. April verstorben. Ein Satz, den zu schreiben schwer fällt. Auch wenn wir wussten, dass Helmut nach einem Unfall das Krankenbett nicht mehr verlassen hat, hofften wir auf etwas wie ein Wunder. Er hätte es

Was Künstlernachwuchs wissen muss

Sopranistin Carola Höhn über das Glück zu Singen und Existenzsicherung

FACHGRUPPE

THEATER
UND BÜHNEN



Die Sopranistin Carola Höhn wurde für zahlreiche Partien nicht nur an ihrem ehemaligen Stammhaus, der Deutschen Staatsoper Berlin, gefeiert, sondern auch in Venedig, Madrid, Mailand, Paris, Buenos Aires oder Tokio. Seit diesem Sommersemester ist sie Professorin an der Berliner Universität der Künste. Sie nimmt ihre Studenten nicht nur künstlerisch an die Hand, sondern möchte sie möglichst umfassend auf das unetere Künstlerleben vorbereiten. Carola Höhn hat im Laufe von 35 Jahren die Erfahrung gemacht, dass die Gewerkschaft, deren Mitglied sie ist, ihr in allen Fragen des beruflichen Alltags zur Seite stand.

Gerade haben Sie mit Ihren Studentinnen und Studenten einen Klassenabend vorbereitet...

CAROLA HÖHN: Ich habe einen ganz tollen Beruf. Und die Arbeit mit jungen Menschen ist ein großes Geschenk. Ich vermittele meinen Studentinnen und Studenten, ohne Freude kann man nicht singen. Schon als Kind spürte ich dieses Glück, wenn ich sang, und wollte allen Menschen etwas davon abgeben. Diese Gedanken und Gefühle bewegen alle Künstler, wie beispielsweise Daniel Barenboim, der aus der Musik die Kraft schöpft, über seine tägliche Arbeit hinaus seine Kunst für die Völkerverständigung einzusetzen. Aber man darf nicht vergessen, wieviel ernsthafte und schwere Arbeit jeder Tag einem Sänger abfordert, gleich ob er oder sie noch studiert oder schon professionell arbeitet.

Wurde Ihnen das als junge Sängerin auch vermittelt, wurden Sie an die Hand genommen?

CAROLA HÖHN: Unbedingt. Ich hatte tolle Lehrer, stehe bis heute mit einigen in Kontakt. Aber es waren andere Zeiten. In der DDR erhielt man nach dem Studium einen Absolventenvertrag, der einen drei Jahre sicherte und ermöglichte, auf der Bühne zu stehen und sich auszuprobieren. Es gab Vorsingen, in denen sich die Intendanten den Nachwuchszugehört anschauten. Über Existenzsi-

Foto: Enrico Nawrath



Carola Höhn studierte in Weimar, war am Landestheater Eisenach und Altenburg engagiert. Mit 27 Jahren erhielt sie ein festes Engagement an der Deutschen Staatsoper Berlin, das bis 2016 andauerte. Dort sang sie große Sopranpartien von Mozart, Weber, Wagner bis Richard Strauss. Auch als Lied- und Konzertsängerin trat sie weltweit auf. Von 2004 bis 2014 hatte sie einen Lehrauftrag an der HMT Rostock. 2013 folgte eine Gastprofessur an der Universität der Künste Berlin, zum Sommersemester 2016 wurde sie dort als Professorin berufen.

cherung mussten wir nicht nachdenken. Heute müssen sich die jungen Leute von Anfang an selbst durchbeißen. Das kennen sie nicht anders, sie wachsen ja in die Verhältnisse hinein. Aber sie wissen trotzdem oft wenig über ihre Rechte und Pflichten.

Was braucht es denn aus Ihrer Sicht, sich erfolgreich durchzubeißen?

CAROLA HÖHN: Das hängt von vielem ab, längst nicht alles ist planbar. Zunächst sind da Stimme und Disziplin, gut. Es braucht aber auch körperliche und seelische Gesundheit, Musikalität, Verantwortung und Fleiß. Diesen Beruf muss man wollen, auf Teufel komm raus und darf sich dabei aber nicht »verheizen« lassen. Sänger müssen mit Klugheit und Selbstbewusstsein ihre Interessen vertreten lernen.

Gibt es – außer den Gesangslehrerinnen und -lehrern – jemanden, der dabei helfen kann?

CAROLA HÖHN: Es gibt die ZAV, die zentrale Arbeitsvermittlung für Künstler. Ich rate meinen Studentinnen und Studenten durchaus, sich dort vorzustellen. Da sitzen Leute vom Fach, die einen Blick von außen haben und vermitteln können, als welcher Typ und für welche Partien geeignet die Person gesehen wird. Dann gibt es natürlich auch die Künstleragenturen und verschiedene andere Vorsingen. Die jungen Sängerinnen und Sänger müssen sich

vielfach bewerben, ausprobieren, aber auch damit klarkommen, dass sie oft gar keine Rückmeldung bekommen.

Und was vermitteln Sie ihnen noch?

CAROLA HÖHN: Zunächst eines: Sie sollten immer davon ausgehen, dass der Beruf sie nicht ein Leben lang tragen könnte. Zu Beginn der beruflichen Laufbahn werden die jungen Sänger vielleicht noch von den Eltern unterstützt – oder sie bemühen sich um eine Nebenbeschäftigung. Aber irgendwann muss die Miete selbst erwirtschaftet werden. Und Künstlersein ist immer auch ein Geschäft. Auch Sängerinnen und Sänger sind eine »Ware«, die ausgetauscht werden kann. Und: Solisten sind zwar Einzelkämpfer, aber Wissen und Gemeinschaft können ihnen helfen, besser ihre Lebenssituation zu meistern. Ich könnte mir auch vorstellen, dass ver.di als Künstlergewerkschaft regelmäßig an Hochschulen informiert, zum Beispiel über die Künstlersozialkasse wie auch über die Tücken und Möglichkeiten, die der Tarifvertrag, der sogenannte NV Bühnen, in sich birgt.

Wenn Sie die Macht hätten, an diesem Vertragsgefüge etwas zu verändern, was müsste besser geregelt sein?

CAROLA HÖHN: Es sollte, speziell für Nachwuchssängerinnen und -sänger, keine Jahresverträge geben. Mindest-

tens Zwei-, besser Dreijahresverträge bieten die Chance, sich künstlerisch zu entwickeln und das Leben zu planen. Ganz schlecht sind sogenannte Residenzverträge, die nur Monate der Spielzeit abdecken und nicht einmal Anwartschaften für Arbeitslosengeld sichern. Und eine höhere Mindestgage müsste her! Die jetzt aufgestockten 1.750 Euro für Anfänger reichen nicht zum Leben und zu wichtigen Aktivitäten wie Vorsingen und damit verbundene Reisen. Gut wäre auch, wenn die vorgeschriebenen Ruhezeiten vor Vorstellungen eingehalten würden. Mir fiel noch etliches mehr ein, aber das ist alles bestenfalls Zukunftsmusik. Vom Himmel fallen wird jedenfalls nichts.

GESPRÄCH: HELMA NEHRICH

KURZ GEMELDET

Haustarifvertrag für Berliner Schaubühne

Die ver.di-Mitglieder an der Schaubühne wählten eine Tarifkommission für alle nichtkünstlerisch Beschäftigten. Sie wollen den Anschluss an die Gehaltsentwicklung der anderen staatlich subventionierten Häuser und einen einheitlichen Tarifvertrag aushandeln. Seit zehn Jahren habe es weder Tarifregelungen noch Lohnzuwächse gegeben. Die Löhne der unteren Lohngruppen sind seit den 1980er Jahren kaum gestiegen. Auch die Arbeitszeit sollte einheitlich auf 38,5 Stunden festgeschrieben werden. Weitere Forderungen sind verlängerte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und verbesserte Renten. Verhandlungen sollen baldmöglichst aufgenommen werden.

Mehr Entgelt am Theater Cottbus

Für die ver.di-Mitglieder der Brandenburgischen Kulturstiftung, Staatstheater Cottbus, wurde Ende März ein Tarifvertrag mit dem Stiftungsvorstand unterzeichnet. Er sichert eine Erhöhung der Bezüge um 0,5 Prozent, um die Schere zum Tarifniveau gemäß des Tarifvertrags der Länder (TV-L) zu verringern. Zum 1. März wurden Entgelte um 2,3 Prozent gesteigert. Die zusätzlichen 0,5 Prozent gelten rückwirkend zum 1. Januar.

Finsteres Gehabe im freien Europa

Pressefreiheit scheitert an innereuropäischer Grenze und schwarzer Liste



Jedes Jahr am 3. Mai wird zum Internationalen Tag der Pressefreiheit auf deren Verletzung und die grundsätzliche Bedeutung freier Berichterstattung für die Demokratie aufmerksam gemacht. Fotojournalist Lothar Eberhardt, kappa photo Berlin, berichtet von finsternem Gehabe auf einer Reportagereise nach Lettland.

Der europäische Gedanke ist mit Freizügigkeit, Presse-, Reise und Versammlungsfreiheit und unveräußerlichen Menschenrechten verbunden. Dies galt nicht für fünf Reisende, die am 15. März 2016 in die lettische Hauptstadt Riga auf Einladung der Initiative »Lettland ohne Nazismus« flogen. Als journalistische Begleitung war ich dabei. Ziel war die Teilnahme an den Protesten zum »Tag der Legionäre«. Ein nationaler Gedenktag, anfänglich (1991-1998) ein Feiertag, der auf internationalen Druck jetzt zum Gedenken an die »Opfer des Krieges« ohne offizielle Beteiligung der Regierung stattfindet. Alljährlich am 16. März marschieren hunderte Letten nach dem Gottesdienst mit nationalschwangeren Symbolen zum Freiheitsdenkmal zu Ehren der lettischen Einheiten der Waffen-SS. Bei der Kundgebung wird der nationalistischen, antisemitischen und antikommunistischen Kollaborateure der deutschen Besatzungsmacht ge-



Schon 2014: Stopp an der lettischen Grenze für Journalisten Foto: L. Eberhardt, kappa photo

dacht. In dieser »nationalen Allianz« wird die Rolle der Legionäre im Zusammenhang mit den deutschen Massenmorden geleugnet. Zehntausende, darunter viele Juden, wurden ermordet. Etwa 140.000 Letten waren Mitglied der »Lettischen SS-Freiwilligenlegion« und erhalten – soweit sie noch leben – eine Altersrente aus Deutschland.

Reisefreizügigkeit: Nach der Ankunft wurden alle Ausweispapiere mit einer Liste abgeglichen. Fünf Passagiere wurden aussortiert – darunter ich – und von der Grenzpolizei abgeführt. Die Begründung war in einer dreiseitigen Verfügung des Innenministers auf Lettisch verfasst und vom Außenminister mitunterzeichnet. Wir waren zu unerwünschten Personen erklärt: Wir würden die öffentliche Sicherheit und Ordnung

in Lettland nach §61 des Einwanderungsgesetzes gefährden. Ein zweistufiges Aufenthaltsverbot bis zum 17. März wurde ausgesprochen. Eine Option war die sofortige Ausreise. Alternativ bestand die Möglichkeit, im Lager für illegale Ausländer in Dauvagplis interniert zu werden. Wir Fünf entschieden uns fürs Bleiben. Das Gepäck wurde aufgelistet und vermeintliche Demonstrationsutensilien dokumentiert.

Ich legte meinen internationalen Presseausweis vor und bestand darauf, mich im Rahmen der europäischen Freizügigkeit unverzüglich freizulassen und mir die Durchführung meiner Arbeitsaufträge zu garantieren. Ohne Erfolg. »Finsteres nationales Gehabe in einem freien Europa«, so der Kommentar eines der Mitfestgehaltenen. Später saßen wir

im abgetrennten Käfig eines Gefangenentransporters. Auf Fragen an die »Transportpolizei«, wohin es ginge, gab es keine Antwort. Nach 1,5 Std. Fahrt stoppte der Wagen. Der Ausruf eines eingekastelten Mitfahrenden: »Das ist doch der verrottete ehemalige Grenzkontrollpunkt«.

Rückblende: Im März 2014 fuhr ein Bus mit Antifaschisten aus Berlin nach Lettland. Ich war als journalistische Begleitung einer davon. Nachts wurden die Papiere an der litauischen Grenze kontrolliert und vier Stunden später wartete die lettische Polizei hier am gottverlassenen alten Grenzkontrollpunkt. Der Bus wurde durchsucht, Plakate, Transparente, Fahnen und Druckerzeugnisse registriert. Auf die »Schwarze Liste« der Mitfahrenden wurde bei der diesjährigen Einreise offensichtlich zurückgegriffen.

Privilegierte Abschiebung: Zurück zum ehemaligen Grenzkontrollpunkt. Der Ausweisungsbeschluss wurde nochmals von einem deutschsprechenden Beamten per Handy erläutert. Jeder erhielt eine Fahrkarte für den Fernbus nach Berlin. Sein Stopp wurde erzwungen, wir »Protestreisenden« polizeilich zum Einsteigen begleitet. Die 21 stündige Busreise ins heimische Berlin beendete die »privilegierte Abschiebung«. Nicht derart registrierte Mitreisende demonstrierten tags darauf mit den lettischen Antifaschisten, gut abgeschirmt vom Freiheitsdenkmal.

Protestnote ignoriert: Zu Hause setzte ich mich mit dem zuständigen dju-Kollegen in Verbindung. In einer Protestnote an die lettische Botschaft bat ver.di um Aufklärung des Vorfalls und eine Stellungnahme. Bisher ein vergebliches Bemühen.

LOTHAR EBERHARDT



Gunar Wagner: Musikzeit Foto: Privat

Ab jetzt Privatier!

MAZ-Betriebsrat Gunar Wagner sagt tschüss

Nach fast 32 Jahren begeisterter, hoch motivierter, sowohl auf meins als selbstverständlich auch aufs Unternehmenswohl gerichteter und manchmal auch belastender Arbeit in diesem Betrieb, mache ich mir noch eins: Ich gebe meinen Schlüssel ab und gehe nach Hause! Ich danke allen, denen ich begegnet bin und mit denen ich zusammen arbeiten durfte. Ich danke allen, die nicht immer meiner Meinung waren und denen, die die Dinge so gesehen haben wie ich...« Mit dieser Mail an die Kolleginnen und Kollegen und Wün-

schen für eine weiter »gesunde Portion Selbstbewusstsein und Aufmüpfigkeit« verabschiedete sich Gunar Wagner, Betriebsrat bei der Märkischen Verlags- und Druckgesellschaft mbH Potsdam, zum 1. Mai in den Ruhestand: »Ab jetzt Privatier.«

Wer jetzt im Betriebsratsbüro anruft, hat nur noch einmal Wagner am Telefon. Betriebsratschefin Karin Wagner saß jahrelang mit ihrem (späteren) Mann Gunar Tisch an Tisch. Der Gewerkschafter kam aus dem Papierrollenlager, arbeitete mit ihr bei Tarifeinandersetzungen

zusammen und setzte sich leidenschaftlich für die Beschäftigten ein. Vor 13 Jahren wurde aus dem Ersatzmitglied Gunar das zweite freigestellte Betriebsratsmitglied. Er kümmerte sich um EDV und Arbeitsschutz, war Ansprechpartner für Suchtfragen.

Gunar ist ein genauso leidenschaftlicher Musiker, spielt Gitarre, Mundharmonika, Bass und ist Sänger der Oldie Band Potsdam. Für deren viele Auftritte hat er jetzt mehr Zeit und Muße. Zudem reist er mit einem Kollegen als Duo mit Hannes-Wader-Titeln durch die Lande, begleitet künstlerisch Streikaktionen. Ehrenamtlich. Dass Gunar Wagner sich langweilt, ist nicht zu befürchten. Sprachrohr wünscht alles Gute!

B. ERDMANN

Von Anfang an habe sie sich geschworen, eine einfache Lyrik zu verfassen, eine Lyrik, die verstanden wird. »Ich möchte, dass die Leute meine Gedichte wie einen kurzen Roman lesen und nachempfinden. Ich wünsche mir, dass sie eine Gänsehaut bekommen und sagen: Genau so habe ich es auch erlebt«, sagt Maxi Pincus-Pamperin.

Angefangen hat alles, als Maxi neun Jahre alt war. Sie wurde nachts wach, und auf einmal waren sie da: Ein paar Zeilen nur, die sie unbedingt festhalten wollte. Maxi sprang auf, rannte zu ihrer Mutter und bat diese, das Gedicht, das sich in ihrem Kopf geformt hatte, aufzuschreiben. Eine Zeitlang ging das so. Aber weil die Mutter ihre nächtliche Ruhe zurückgewinnen wollte, brachte sie der inzwischen elfjährigen Tochter das Schreibmaschineschreiben bei. Bald wurde das Talent des Mädchens erkannt, in ihrer Jugend durfte es vielerorts Gedichte vortragen, veröffentlicht wurden sie etwa im Pionierkalender und in der Trommel.

Zur Lyrik gesellte sich die Dramatik, mit Begeisterung schrieb Maxi auch kurze Geschichten. Mit 13 nahm sie als Jüngste am DDR-Ausscheid für Junge Talente teil. Mit Erfolg: Ihr wurde die Bronzemedaille zugesprochen, auf die sie sehr stolz war. Dennoch bedeutete ihr der schriftstellerische Ruhm nicht viel: »Auch wenn es sich komisch anhört, ich war nie sehr darauf aus, meine Arbeiten zu veröffentlichen und bekannt zu werden.« Gefördert vom Schriftsteller Hans-Joachim Nauschütz und stilistisch geschult in zahlreichen Schreibwerkstätten, bewarb sich Maxi beim renommierten Leipziger Literaturinstitut. Es gelang: 1984 nahm sie dort als Schülerin von Peter Forster ein Literaturstudium auf. »Das war eine tolle Zeit, in der ich viel gelernt habe«, erinnert sie sich.

KUNST MUSS VERSTANDEN WERDEN

Schwierige Metaphern verarbeitet sie nicht, »in meinen Gedichten ist die Sonne immer noch gelb und nicht grün oder gestreift.« Es sei wichtig, einen eigenen Stil, eine eigene Handschrift zu entwickeln. So betont sie: »Obwohl ich mit Brecht groß geworden bin, haben meine Gedichte und Geschichten absolut nichts mit ihm zu tun.« Nur in einem sei sie immer ganz nah bei Brecht gewesen: Für ihn sei ein Stück, bei dem Menschen

Die Zeilen im Kopf

Eine Betriebsratsvorsitzende schreibt Gedichte über Leben, Liebe, Alltag



Zuhause in Buckow: Maxi Pincus-Pamperin

Foto: Ute C. Bauer

gleich welchen Bildungsgrads nicht verstehen, was auf der Bühne passiert, keine Kunst gewesen.

ZU SELTEN AUF IHR TALENT BESONNEN

Nach erfolgreichem Literaturstudium ging Maxi 1986 zurück nach Buckow und wurde wissenschaftliche Mitarbeiterin am Brecht-Weigel-Haus. Weil sie zunächst allein auf sich gestellt war, traten schriftstellerische Ambitionen in den Hintergrund. Erst mit zwei Kollegen an der Seite konnte sie sich wieder ans Schreiben herantasten. Aber dann kam die Wende. Die schriftstellerischen Strukturen und das Verlagssystem der DDR brachen zusammen. Hinzu kamen der tiefgreifende gesellschaftliche Wandel und seine Auswirkungen auf den Alltag. Beides nahm Maxi so in Anspruch, dass ans Schreiben nicht zu denken war. »Dafür fehlte mir schlicht und ergreifend der Nerv.« Und als gesellschaftlich und politisch interessierter Mensch, engagierte sie sich praktisch: Ende der 1990er Jahre wurde sie Betriebsratsvorsitzende der Kultur GmbH Märkisch-Oderland, zu der auch das Brecht-Weigel-Haus gehört. Außerdem setzte sie sich als stellvertretende Bürgermeisterin bis 2014 für das Wohl der kleinen Stadt Buckow ein. Selten besann sie sich in dieser Zeit auf ihr Talent, schrieb nur wenige Gedichte und Geschichten. An eine Veröffentlichung war ohnehin nicht

zu denken: Verlage forderten gerade im Segment der Lyrik eine Vorfinanzierung. »Ich hatte Kontakte zum Fischer Verlag, der in den 1990er Jahren gern etwas von mir herausgebracht hätte. Aber ich sollte dafür 7.500 DM bezahlen. Das war zu viel.«

NEUE FREIRÄUME ZUM SCHREIBEN

Inzwischen hat sich vieles geändert, beruflich und privat. Maxi Pincus-Pamperin hat die Kommunalpolitik an den Nagel gehängt. Und die aufwändige Betriebsratsarbeit könnte nach vollendeter Liquidation der Kultur GmbH ab dem Herbst in ruhigeren Bahnen verlaufen. Freiräume zum Schreiben eröffnen sich, auch die Möglichkeiten, Werke im Selbstverlag herauszubringen, sind einfacher und kostengünstiger geworden. Eine Initialzündung für eine neue Phase des Schaffens könnte eine gut besuchte Veranstaltung im April gewesen sein. Maxi Pincus-Pamperin trug im Brecht-Weigel-Haus eigene Werke vor – für sie die erste Lesung seit dem Mauerfall.

Thematisch gibt es keine Begrenzungen. »Natürlich spielen in meinen Gedichten auch Liebe, Freude oder Abschied eine Rolle. Ich versuche, Alltagslyrik zu schreiben. Über das Leben gibt es genug zu schreiben, ich verarbeite in meinen Gedichten und Geschichten alles, was mir oder anderen passiert«, sagt Maxi. Gedichte entstehen spontan. »Wenn

ich etwas nicht gleich aufschreibe, ist es für immer weg.« Manchmal fallen ihr zwei Zeilen ein, die den Kern eines Gedichtes bilden. »Das Drumherum kommt später.« Sich mit der Absicht hinzusetzen, beispielsweise ein Wintergedicht zu schreiben, funktioniert nicht. »So kontrolliert läuft das nicht.«

Seitdem Maxi nicht mehr so in die Kommunalpolitik eingebunden ist, drängen Zeilen, die aufgeschrieben werden wollen, öfters nach außen. Sie trägt ein Notizbuch bei sich, in dem sie Gedanken festhält. Die Lesung im Brecht-Weigel-Haus kam beim Publikum sehr gut an. Das hat ihren Willen neu entfacht. Künftig

Du hast es gut

Meine Hand brennt
von der Ohrfeige.
Meine Kehle brennt
vom Alkohol.
Meine Augen brennen
vom Qualm der Zigaretten.
Du hast es gut,
brennst inzwischen mit einer
neuen Flamme.

(Maxi Pincus-Pamperin)

will sie disziplinierter und regelmäßiger schriftstellerisch arbeiten. Auch eine Veröffentlichung rückt in greifbare Nähe, zwei Sponsoren hat sie schon gewonnen. Sie ist zuversichtlich: »Ich glaube fest daran, dass die Lyrik wieder mehr Gewicht bekommt.« UTE CHRISTINA BAUER

MEDIENGALERIE

Kämpfende Hütten - »Urbane Proteste in Berlin von 1872 bis heute«. Kollektiv kämpfende Hütten, 9. Juni bis 22. Juli

FLUCHT WEGE - Ausstellung der Fachgruppe Bildende Kunst, 15. September bis 21. Oktober

Verbrechen der deutschen Wehrmacht auf Kreta - deutsche Veranstalter: Initiative Deutschlands unbeglichene Schuld(en), Werketage e.V., 27. Oktober bis 16. Dezember

MedienGalerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin, U-Bahn Platz der Luftbrücke, www.medien-galerie.org.de

Jubiläumsausstellung ab 20. Mai: »Vom Deutschen Buchdruckerverband zur Einheitsgewerkschaft – 150 Jahre Kampf ums Menschenrecht«. ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

LITERATUR

Lesemarathon 2016, Daheim & unterwegs: Auch 2016 gibt es den traditionellen Lesemarathon. Wie 2015 soll er im Umfeld des Berlin-Marathons Ende September zu stattfinden. Der unterirdische Ort im historischen U-Bahn-Waggon in der U-Bahnstation Alexanderplatz kam gut an. Eine Fortsetzung wurde gewünscht. Wenn über wo und wann entschieden ist, wird das auf der ver.di-Webseite des VS zu lesen sein. Fest steht, dass zum Lesemarathon eine Anthologie beim Verlag Berlin Brandenburg erscheint zum identischen Thema: Daheim&unterwegs. Siehe: www.vs-berlin-brandenburg.de

Leseabende im Literaturhaus – VS-Mitglieder stellen ihre Neuerscheinungen vor. 25.10.: Roswitha Quadflieg, Andreas Ulrich, Astrid Vehstedt und Paul Grote. 1.12.: Thomas J. Hauck, Petra Gabriel, Waltraud Schade, Juliane Beer, Esther Andradi. Ort: Literaturhaus Fasanenstr. Kaminraum, jeweils 20 Uhr.

Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im »Terzo Mondo«, ab 19 Uhr, Grolmannstr. 28, zwei Minuten vom U-Bhf. Uhlandstraße (U 15) und vom S-Bhf. Savignyplatz entfernt.

AKTIVE ERWERBSLOSE

Erwerbslose von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag,



Sich treiben lassen und den Sommer genießen – gern auch mit dem Sprachrohr in der Badetasche. Die Redaktion winkt allen Leserinnen und Lesern aus der Sonne. Das nächste Sprachrohr eröffnet den goldenen Herbst. Foto: Nora Erdmann

17.30 Uhr, ver.di-Landesbezirk, Köpenicker Str. 30. Kontakt: Ulla.Pingel@gmx.de, Tel. 0174/5 61 65 79; Heike Wagner: wagner.heike61@web.de

SENIOREN

Senioren Ausschuss FB 8: Vorstandssitzung am 12. September, Mitgliederversammlungen am 13. Juni, 10. Oktober jeweils 11 Uhr, ver.di-Landesbezirk, Köpenicker Straße 30

Alte Barden Runde: Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat um 15 Uhr im Restaurant »Alter Krug« in Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin

ADN Senioren: Letzten Montag jedes Monats (außer Dezember), jeweils 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203, 10115 Berlin-Mitte

SEMINARE

- **Existenzgründung für Einzelunternehmer und Microunternehmen**. 14.6.2016, 9.30 bis 16.30 Uhr: Existenzgründung als freiberuflicher bzw. gewerblicher Einzelunternehmer oder in Kleinstunternehmen, Chancen und Risiken einer Selbstständigkeit. Für bereits erfolgte Gründungen kann das Seminar zur Überprüfung der getroffenen Entscheidungen dienen. Referent: Bernd Hubatschek, MKK Consult
- **Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit**: 13.9.2016, 9.30 bis 16.30 Uhr: Sicherheit bei der Erschließung und Vermarktung journalistischer Leistungen, Selbstvermarktung. Kontaktaufbau, Honorare, Marktpreise, Informationsbeschaffung, Mehrfachverwertung, Gemeinschaftsgründungen. Referenten: Andreas Ulrich, Journalist/Moderator, Bernd Hubatschek, MKK Consult

- **Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler und Künstler**. 15.11.2016, 9.30 bis 16.30 Uhr: Rahmenbedingungen einer freiberuflichen Existenz in Medien- und künstlerischen Berufen. Chancen und Risiken. Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit, Förderungsmöglichkeiten wie KSK, betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte. Referent: Bernd Hubatschek, MKK Consult
Ort jeweils: ver.di-Landesbezirk, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 3.12. **Anmeldung: andreas.koehn@verdi.de, Tel: 030/88 66-41 06; ver.di-Mitglieder 13 Euro, Nichtmitglieder 60 Euro**

VERSCHIEDENES

Keine Termine mehr bei der Seniorengruppe Funkhaus: Nach 25 Jahren aktiver Gewerkschaftsarbeit verabschiedet sich die ver.di-Seniorengruppe Funkhaus Nalepastraße in den Ruhestand. 1990/91 unter dem Dach der IG Medien gegründet, blickt sie auf erfolgreiche Jahre zurück. Versammlungen zu tagespolitischen und sozialen Themen informierten, Diskussionen und Gedankenaustausch bestimmten das Gewerkschaftsleben. Eine Gruppe aus den eigenen Reihen half in den Wendejahren bei der Klärung von Rentenangelegenheiten. Selbst organisierte Reisen ins In- und Ausland, Sommerfeste und Weihnachtsfeiern gehörten dazu. Nun sind die Reihen der einst 300 Kolleginnen und Kollegen in der Gruppe gelichtet und die Leitung nicht mehr in der Lage, sie zu führen. Alter und Krankheit erforderten den Beschluss, das Wirken der Seniorengruppe zu beenden. Einige werden sich ver.di-Ortsseniorengruppen anschließen, einige sich weiter treffen. Was bleibt sind schöne Erinnerungen an Begegnungen und die Gewissheit, seit mehr als 50,

60 oder 65 Jahren der Gewerkschaft anzugehören. **WBS**

Johannisfest: 18. Juni 15.30 – 21 Uhr. Motto 150 Jahre Deutscher Buchdruckerverband«. Jünger und Mägde der Schwarzen Kunst« laden Kolleginnen und Kollegen aller Branchen mit Kind und Kegel ein: zu spielerischer, nachdenklicher und vergnüglicher Unterhaltung. Ort: Hof des Hauses der Buchdrucker, Dudenstr. 10. U-Bahnhof Platz der Luftbrücke

Aktuelles zu Bauen und Wohnen: Podiumsdiskussion mit den wohnungspolitischen Sprechern der Fraktionen des Abgeordnetenhauses – veranstaltet vom Arbeitskreis Wohnen der DGB-Gewerkschaften. 16. August, 14 Uhr, ver.di Bundeszentrale, Paula-Thiede-Ufer, Saal AIDA

M online: Menschen machen Medien, die bundesweite ver.di Zeitschrift für Medienschaffende, ist seit kurzem online unter www.mmm-verdi.de

Querköpfe: senioren-berlin.verdi.de

IMPRESSUM

SPRACHROHR – Mitgliederzeitung des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di-Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich), Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung: Bettina Erdmann, transit.berlin.pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030 / 61 30 96-63, Fax: 030 / 61 30 96-66.

erdmann@pressebuero-transit.de
Gestaltung / Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation/Claudia Sikora, Erkelenzdamm 9, 10999 Berlin, Tel: 030 / 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: bleifrei Medien + Kommunikation

Druck: apm AG Darmstadt

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt.

Sprachrohr erscheint fünfmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Der ver.di-Fachbereich 8 vom Landesbezirk Berlin-Brandenburg im Internet:

www.medien-kunst-industrie.bb.verdi.de

**Sprachrohr 3/2016 erscheint Ende September
Redaktionsschluss am 18. August 2016**

War der Betriebsrat berechtigt, zur Wahl einer gemeinsamen Interessenvertretung von »Berliner Zeitung« (Berliner Verlag GmbH) und der ein halbes Jahr vorher ausgegründeten Berliner Kurier GmbH aufzurufen? Ist die dabei gewählte neunköpfige Vertretung rechtmäßig im Amt? Bilden also die hauptstädtische DuMont-Tageszeitung und das Boulevardblatt nach wie vor einen gemeinsamen Betrieb? Diese Fragen hatte das Arbeitsgericht Berlin am 21. April zu entscheiden. Die Arbeitgeberseite bestreitet die Rechtmäßigkeit der Betriebsratswahl vom Juli 2015 – mit dem Ziel, im Verlagshaus am Alexanderplatz »eine einheitliche Interessenvertretung zu verhindern«, sagt der Betriebsrat.

Entscheidend, so der Kammervorsitzende, sei es, ob der »Kern der Arbeitgeberfunktionen nach wie vor von derselben institutionellen Leitung ausgeübt« werde. Verlagsanwalt Braun bestritt das erwartungsgemäß. Seit Ausgründung des »Berliner Kuriers« ab 1. Februar 2015

Es geht ans Eingemachte

Gemeinschaftsbetrieb im Berliner Verlag?

nähmen die Chefredakteure Brigitte Fehrle und Elmar Jehn Arbeitgeberfunktion auch in personellen und sozialen Angelegenheiten wahr. Die – ebenfalls ausgegründete – DuMont Personal-Management GmbH leiste nur »beratende Unterstützung«. Die »Leitungskompetenz« liege bei den Chefredakteuren. Auch der Verlagsgeschäftsführer sei lediglich bei der »rechtsgeschäftlichen Umsetzung involviert«.

Der Betriebsrat widersprach vehement. Zwar hätten Frau Fehrle und Herr Jehn – wie in allen seriösen deutschen Zeitungsredaktionen – ein Mitspracherecht bei Einstellungen. Das läge in ihrer Aufgabe begründet, die Tendenz des Blattes umzusetzen. Doch habe sich »nichts geändert« an der Aufgabenverteilung seit der Ausgründung des »Kuriers«. Weder bei Arbeitszeitregelungen oder Ur-

laubsplanung noch in sozialen Angelegenheiten seien den Chefredakteuren Kompetenzen zugewachsen, erklärte Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch. Man verhandle nach wie vor mit den gleichen Personen aus der Geschäftsführung. Die »Einflussmöglichkeiten der Chefredakteure, was Strukturen und Betriebsvereinbarungen betrifft, gehen gegen Null«, so Thomas Gerchel, Rechtsbeistand des Betriebsrates. Der gesamte Betriebsteilübergang zur Berliner Kurier GmbH Anfang 2015 ist nach Ansicht des Anwalts strittig: »Es heißt immer: Die Betriebsmittel sind übertragen worden. Es ist aber gar nicht klar, was im Einzelnen von wem wie übertragen wurde!« Die Verlagsseite sei gefordert, ihre Hausaufgaben zu machen und darzulegen, wieso die gesamte »Kurier«-Redaktion plötzlich bei ei-

ner neuen Gesellschaft angestellt gewesen sein soll.

»Das geht eh in die nächste Instanz«, fasste ein Zuschauer die Kontroverse zusammen. Es wird so kommen. Die Kammer urteilte zugunsten der Verlagsseite. Bis auf weiteres bleibe man jedoch im Amt, teilte die Interessenvertretung den Beschäftigten beider Zeitungen mit: »Wir werden gegen die Entscheidung Beschwerde einlegen.«

Die schriftliche Begründung hat das Gericht den Parteien am 10.5. zugestellt. Renate Gensch hofft, »dass uns dann das Landesarbeitsgericht Recht gibt«. Weder über die Aufgabenverteilung zwischen Geschäftsführung und Chefredakteuren gebe es irgendeinen Zweifel noch über die Vernetzung beider Redaktionen etwa beim Austausch von Inhalten der Online-Medien. »Hinzu kommt«, so Gensch, »dass das im DuMont-Mutterhaus in Köln genauso läuft. Dort wurden »Kölner Stadtanzeiger« und »Kölner Express« aber niemals juristisch getrennt.«

NEH

In der Schwebel

Musikschullehrerinnen klagen weiter

Wie in der Leo-Kestenberg-Musikschule Tempelhof-Schöneberg mit halber Stelle und Honorarvertrag beschäftigte Musikschullehrerinnen klagen ihre erweiterte Festanstellung ein. Wie ihre Kollegin aus Steglitz-Zehlendorf zuvor (Sprachrohr 1/2016 berichtete) scheiterten sie Anfang Mai in erster Instanz vor gleicher Kammer beim Arbeitsgericht. Drei weitere Fälle werden Ende Mai vor einer anderen Kammer verhandelt.

All diesen Lehrkräften droht, dass sie zur Teilzeitstelle keine Honorareinkünfte für das Unterrichten von Schülern an ihrer Musikschule erzielen dürfen. Die Deutsche Rentenversicherung Bund stellte 2015 fest, dass in solchen Konstellationen Ho-

noraraufträge behalten. »Allerdings werden wegfallende Schüler für die Honorarkräfte bislang nicht ersetzt. Und das Risiko besteht, dass die mit diesem Schuljahr auslaufenden Verträge fürs kommende nicht erneuert werden«, befürchtet ver.di-Rechtssekretär Steffen Damm. Für die betroffenen Lehrerinnen ist das ein herbes Beschneiden ihrer Einkünfte, was sie nicht hinnehmen werden. Mit Unterstützung von ver.di gehen sie in Berufung vor dem Landesarbeitsgericht. Die erste Verhandlung dort wird etwa Ende September erwartet.

Gerade in Steglitz-Zehlendorf aber sei die Situation verhärtet, konstatiert Damm. Berlinweit typisch sei das jedoch nicht. »Bezirke wie Lichtenberg handhaben das Procedere anders. So hat die Musikschule dort schon seit längerem für ihre Lehrkräfte in dieser halbe/halbe Konstellation Lohnsteuer und Sozialversicherung abgeführt.« Insgesamt müsse es um faire Lösungen gehen, die den Musikschullehrkräften für ihre hochqualifizierte Arbeit ein angemessenes Einkommen sichern. »Dabei«, so der ver.di-Rechtssekretär, »muss es mehr Vollzeitstellen an Musikschulen geben oder zumindest Chancen auf Honorararbeit erhalten bleiben.« B.E.

ANZEIGE

Sternköche kreieren neue Edelrezepte.



Lassen Sie sich nichts vormachen.
Profis recherchieren mit Presseausweis.

Der aktuelle Presseausweis 2016 steckt in den Taschen zehntausender professioneller JournalistInnen. Immer griffbereit. Denn er legitimiert gegenüber Behörden, Veranstaltern und Polizisten. Bei Akkreditierungen, Recherchen vor Ort, bei politischen und sportlichen Großereignissen, in Archiven und Unternehmen. Er weist die Inhaber als hauptberuflich tätige JournalistInnen aus. Er hilft ihnen weiter.

Presseausweise bei ver.di Berlin-Brandenburg | Köpenicker Str. 30 | 10179 Berlin | Tel. 030/88 66-54 20
Mo./Di. 9 – 16.30, Mi. 9 – 14, Do. 13 – 17 Uhr | www.dju-berlinbb.de

EINKÜNFTE SIND DEUTLICH BESCHNITTEN

norare der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Deshalb zog die Leo-Borchard-Musikschule Steglitz-Zehlendorf bereits die Honoraraufträge zurück. In Tempelhof-Schöneberg wird für dieses Schuljahr zunächst der Status quo aufrechterhalten. Das heißt, die Lehrkräfte haben ihre Ho-